



# Deutsche Polizei

Nr. 10 Oktober 2006

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## *Gegen den Reformsog!*

### **In dieser Ausgabe:**

**Digitalfunk:**  
Wieder alles vakant?

**Ausbildung:**  
Genügend auf Auseinandersetzung  
mit Rechtsextremismus  
vorbereitet?

**Kriminalität:**  
Cyberbullying: Eine neue Form  
der Gewalt

**Menschenhandel:**  
Wie weiter mit dem KOK?

**Familienpolitik:**  
Auf der Suche nach der Balance  
von Familie und Beruf

**Seniorenjournal**  
• Die Kunst, das Leben neu zu planen  
• Anrechnung des Hinzuverdienstes  
auf das Ruhegehalt

**2 KURZ BERICHTET**

**4 KOMMENTAR**

*Und es lohnt sich doch!*

**4/5/32 FORUM**

**6 TITEL/GEWERKSCHAFTS-  
POLITIK**

*Gegen den Reformsog!*

**8 DIGITALFUNK**

*EADS Secure-Networks erhält Zuschlag*

**9** *Wieder alles vakant?*

**10 AUSBILDUNG**

*Genügend auf Auseinandersetzung mit  
Rechtsextremismus vorbereitet?*

**12 KRIMINALITÄT**

*Cyberbullying: Eine neue Form der Gewalt*

**16** *EU untersucht Handy-Gefahren  
für Kinder*

**URTEILE 17**

**MENSCHENHANDEL 18**

*Wie weiter mit dem KOK?*

**AUSSCHREIBUNG 19**

*Deutsche Gesellschaft für  
Kriminalistik lobt Preis aus*

**FAMILIENPOLITIK 20**

*Auf der Suche nach der Balance  
von Familie und Beruf*

*Man kommt nicht auf das Einfachste* **22**

**RECHT 25**

*Das Erscheinungsbild uniformierter  
Polizeibeamter*

**FRAUENGRUPPE (BUND) 26**

*„Familie und Beruf“ als Top-Thema*

**ELEKTRONISCHE MEDIEN 27**

*Neue Betrügereien*

**SENIORENJOURNAL 30**

**BÜCHER 32**

Titelgestaltung: Rembergt Stolzenfeld



**Deutsche  
Polizei**



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
179.092 Exemplare  
ISSN 0949-2844



**Inhalt:**  
100% Recyclingpapier  
Umschlag:  
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung

**Nr. 10 • 55. Jahrgang 2006 • Fachzeitschrift  
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft der Polizei,  
Forststraße 3a, 40721 Hilden,  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,  
Fax (0211) 7104-222  
**Homepage des Bundesvorstands der GdP:**  
<http://www.gdp.de>

**Redaktion Bundesteil:**  
Marion Tetzner  
(verantwortliche Redakteurin)  
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,  
Stromstraße 4, 10555 Berlin,  
Telefon (030) 39 99 21 - 114  
Fax (030) 39 99 21 - 190  
**E-Mail:** [gdp-redaktion@gdp-online.de](mailto:gdp-redaktion@gdp-online.de)

**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen  
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung  
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen  
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir  
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten

**Verlag:**  
**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** [vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de](mailto:vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiter:**  
Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

## BUNDESINNENMINISTER BEI GDP:

### Bei leistungsbezogener Bezahlung Besonderheiten der Polizei berücksichtigen

Der Eindruck, den die deutsche Polizei bei der Fußballweltmeisterschaft im In- und Ausland hinterlassen habe, hat ihn selbst beeindruckt, sagte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble bei einem Gespräch mit dem Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand am 31. August 2006 in der Berliner GdP-Geschäftsstelle. Es habe sich viel verändert im Verhältnis des Bürgers zum Polizisten, so Schäuble.

Jahren bereits 7.000 Polizisten und 6.000 Tarifbeschäftigte dem Personalabbau zum Opfer gefallen sind und die Bundesländer weiter die Polizei abbauen. Und dann werde noch eins draufgesetzt: Als besonderen Lohn für ihre Arbeit ernteten die Polizeibeschäftigten aufgrund von Sparbeschlüssen und Leistungskürzungen erhebliche Einkommenseinbußen. Konrad Freiberg mach-

fahrtschein für den Sozialabbau bei der Polizei.“

Der Bundesinnenminister will sich dafür einsetzen, dass bei der Einführung der leistungsbezogenen Bezahlung Besonderheiten für die Polizei berücksichtigt werden. Dies sei z. B. angesichts der überwiegend durch Teamarbeit erzielten Arbeitserfolge bei der Polizei angebracht. Schäuble

betonte, dass die vorgesehene Leistungsbezahlung wie im Tarif als Zuschlag auf die Grundbesoldung gewährt werden solle. Allerdings sei zurzeit nicht vorgesehen, diese Zuschläge auch versorgungsrechtlich zu berücksichtigen.

Zu den Überlegungen, die Altersgrenze auch der Beamtinnen und Beamten der Entwicklung im Rentenrecht anzupassen, forderte die GdP den Bundesinnenminister auf, sich für polizeispezifische Regelungen – auch bei seinen Länderkollegen – einzusetzen, um insbesondere den besonderen Härten des Wach- und Wechselschichtdienstes Rechnung zu tragen.

Konrad Freiberg kritisierte erneut, dass die konkrete terroristische Bedrohung noch nicht zu den notwendigen sicherheits- und gesellschaftspolitischen Konsequenzen geführt habe. Schäuble kündigte an, dass auf der Agenda der IMK-Sondersitzung u. a. auch eine Verstärkung des Personals für die Internetbeobachtung und die Ausweitung der Videoüberwachung stehen. Schäuble: „Die große Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich von Video-Kameras nicht bedroht, sondern von anderen Dingen.“ *red.*



„Wir leben in einem Land, wo sich jeder freut, wenn er einen sieht.“

Konrad Freiberg konterte: „Wenn er einen sieht ...“ Er könne nicht verstehen, dass angesichts der Aufgabenfülle in den letzten

te seine Sorge im Hinblick auf die Föderalismusreform mit ihrer Verlagerung der Zuständigkeiten für das öffentliche Dienstrecht und die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten auf die Länder deutlich: „Das ist ein Frei-

**Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (Mitte, l.) beim Meinungsaustausch in der Bundesgeschäftsstelle der GdP in Berlin.**

**Foto: Holeczek**

## UMGANG MIT RECHTSRADIKALEN:

### Thierse-Kritik entschieden zurückgewiesen

Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) hat in Anspielung auf rechtsradikale Übergriffe in den laufenden Wahlkämpfen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern der Polizei vorgeworfen, nicht entschlossen genug gegen Rechtsradikale vorzugehen. Entrüstet hat der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg diese Kritik zurückgewiesen: „Polizisten sind oft die einzigen, die sich mit dem braunen Pack herumschlagen, während die demokratischen Parteien ganze Land-

striehe den Rechten überlassen.“ Die Berliner Polizei treffe in dem von Thierse zitierten Fall schon gar kein Vorwurf. Freiberg: „Dann muss Herr Thierse die Gesetze ändern. Wenn rechtsstaatliche Prinzipien, wonach ein Täter mit festem Wohnsitz und ohne Flucht- und Verdunkelungsgefahr auf freien Fuß gesetzt werden muss – was im Übrigen nicht die Polizei, sondern der Haftrichter entscheidet – für rechte Gewalttäter nicht gelten sollen, muss er das sagen.“

*red.*

## PERSONALRÄTE:

### GdP veranstaltete Forum

Anfang September 2006 fand in Potsdam ein Forum für Personalräte in der GdP statt. Zielgruppe waren die Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte in der Polizei.

Neben den Schwerpunktthemen:

- Internetwache der Polizei Brandenburg und
- Projekt „Interaktiver Streifenwagen“ wurden auch die Auswirkungen der Föderalismusreform auf das Personalvertretungsrecht in den Ländern erörtert.

Darüber hinaus war der augenblickliche Stand beabsichtigter oder durchgeführter Novelierungen in den Bundesländern ebenso Gegenstand der Tagesordnung wie die Frage „Kennzahlenorientierte Erfassung der Arbeitszeit als taugliches Instrument zur Steuerung?“

Eine ausführliche Berichterstattung zur Internetwache der Polizei Brandenburg und dem Projekt „Interaktiver Streifenwagen“ erfolgt in DEUTSCHE POLIZEI im November 2006.

*Horst Müller*

## EUROCOP:

# Beim Thema Innere Sicherheit lassen sich die EU-Mitgliedsstaaten immer noch zu viel Zeit

**Wie gut begegnet die Europäische Union der Bedrohung durch Terrorismus und Organisierte Kriminalität? Im September diesen Jahres hat die EU-Kommission einen Kasensentwurf zum Thema Innere Sicherheit in der EU vorgelegt, und dabei ein ernüchterndes Fazit gezogen: Bis zentrale Beschlüsse von den Mitgliedsstaaten umgesetzt und damit in Kraft sind, vergehen oft Jahre.**

So im Fall des nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gefassten Rahmenbeschlusses zur Angleichung strafrechtlicher Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung: Die Umsetzung in den EU-Mitgliedsstaaten dauerte anstatt der vorgesehenen 12 Monate über vier Jahre!

Auch die wichtige Weiterentwicklung von Europol gerät immer wieder ins Stocken, weil Mitgliedsstaaten die Brüsseler Beschlüsse – etwa zur Einrichtung gemeinsamer Ermittlungsteams – nicht zeitgerecht umsetzen.

Dabei existiert ein Fahrplan für den Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres – inklusive eines Zeitplans: Das Ende 2004 beschlossene Haager Programm legt die Ziele der EU bis 2009 fest. Aufbauend auf dem Programm von Tampere von 1999 enthält es präzise Vorgaben, die neben Asyl- und Einwanderungspolitik insbesondere auch die Verbesserung der Zusammenarbeit der Polizei und Justiz in der EU umfassen.

### Kontrollmechanismen verstärken

Anders als etwa im Bereich des Wirtschaftsrechts gibt es aber keine Mechanismen, die sicherstellen, dass in Brüssel beschlossene Maßnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden. Selbst der EU-Kommission ist es kaum möglich festzustellen, ob Mitgliedsstaaten Beschlüsse umsetzen oder nicht.

Die EU-Kommission schlägt daher jetzt konsequent vor,

Kontrollmechanismen zu verstärken: Auf der einen Seite soll die Berichtspflicht der Mitgliedsstaaten an Brüssel verstärkt werden, damit eine bessere Bewertung möglich wird. Das ist auch drin-



gend notwendig. So ist es der EU bis heute nicht gelungen, vollständige Zahlen zum Gebrauch und zur Effizienz des 2004 eingeführten EU-Haftbefehls in den einzelnen Mitgliedsstaaten zusammenzutragen. Auf der anderen Seite soll es nach Vorstellung der EU-Kommission zukünftig möglich werden, Mitgliedsstaaten, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, vor dem Europäischen Gerichtshof zu verklagen – eine Möglichkeit, die in anderen Bereichen des EU-Rechts mittlerweile selbstverständlich ist.

Aus Sicht von EuroCOP wären zügige Schritte in diese Richtung zu begrüßen: Bereits seit Jahren weist der Dachverband der Polizeigewerkschaften darauf hin, dass es nicht an Entscheidungsfreudigkeit mangelt: Zu oft bleibt die Umsetzung dieser Beschlüsse aber auf der Strecke, d. h., die EU hat kein Beschluss-, sondern ein Vollzugsdefizit. Mehr Transparenz und effizientere Kontrollmechanismen gehören daher seit einigen Jahren zum Forderungskatalog von EuroCOP. *ju*

## GDP HESSEN:

# Straftatbestand für Stalking dringend geboten

„Ich bin zuversichtlich, dass wir spätestens Anfang nächsten Jahres ein Gesetz haben werden, das Stalking-Opfer wirksam vor unbefugten und fortgesetzten Nachstellungen schützen wird“, erklärte Justizstaatssekretär Dr. Thomas Schäfer anlässlich der 2. Veranstaltung der GdP zum Thema Stalking am 5. September 2006 an der Hessischen Polizeischule.

Nach einer für Oktober geplanten Expertenanhörung solle einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes nichts mehr im Wege stehen. Im Interesse der Opfer sei es besonders zu begrüßen, dass sich eine Kompromisslinie abzeichne, nach der auch der von Hessen geforderte Haftgrund der Wiederholungsgefahr in das Gesetz aufgenommen werde. Dieser Haftgrund sei wichtig, damit in Fällen der Eskalation rechtzeitig einge-

griffen werden könne, so Schäfer weiter.

Gewalt, die sich häufig nicht im öffentlichen Raum, sondern eher abgeschottet vollziehe, müsse wirksamer begegnet werden, forderte die Vorsitzende der GdP-Landesfrauengruppe, Sandra Temmen: „Der Polizei müssen wirksame Instrumente in die Hand gegeben werden und dadurch die Beamtinnen und Beamten handlungssicherer gemacht werden. Dazu sollte ein eigener Straftatbestand klar definiert werden, Beleidigung und Nötigung reichen nicht aus.“

Momentan, so Temmen weiter, sei ein aus Sicht der GdP wünschenswertes, einheitliches und bundesweites Vorgehen in Bezug auf die Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes nicht absehbar, daher sei ein eigener Straftatbestand „Stalking“ erforderlich“. *red.*

## VOLKER-REITZ-STIFTUNG ZU BERLIN:

### Spenden waren beeindruckend

In der Mai-Ausgabe dieser Zeitschrift wurde anlässlich des Trauermarsches für den erschossenen Berliner Kollegen Uwe Lieschied auch ein Spendenaufruf zu Gunsten der Hinterbliebenen veröffentlicht. Die große Resonanz und die Solidarität innerhalb der Polizeifamilie haben uns sehr beeindruckt.

Da es uns nicht möglich ist, jeden einzelnen Spender persönlich anzusprechen, möchten wir uns auch im Namen der Hinterbliebenen auf diesem Wege herzlich bedanken.

*Burkhard von Walsleben,  
Volker-Reitz-Stiftung  
zu Berlin*

## WASSERSCHUTZPOLIZEI-SCHULE HAMBURG:

### Modernster Radarsimulator

Europas modernste Radarsimulationsanlage wurde am 11.9.2006 an der Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg in Betrieb genommen. Die Aus- und Fortbildung der Wasserschutzpolizeien bleibt damit länderübergreifend auf höchstem Niveau, was

angesichts ihrer aktuellen Aufgabenfülle auch dringend nötig ist.

Die Wasserschutzpolizei-Schule in Hamburg ist für die Aus- und Fortbildung aller Wasserschutzpolizeibeamtinnen und -beamten Deutschlands zuständig. *Ste.*

## Und es lohnt sich doch!

Der Wirtschaft geht es gut. Die Vorstände der großen Unternehmen gönnen sich großzügige Gehaltserhöhungen. Der Finanzminister lächelt und reist demnächst mit stolzeschwellter Brust nach Brüssel. Die Regierung kuschelt. Ihr ärgster Widersacher ist auf die Größe eines Guido Westerwelle geschrumpft. Bezahlt haben dieses Wellness-Programm die Bürgerinnen und



Bürger in unserem Land. Mit Arbeitslosigkeit, Leistungskürzungen, verschlechterter Infrastruktur. Der öffentliche Dienst, ausgepresst wie eine Zitrone, hatte daran keinen geringen Anteil. Auch die Unzahl der Menschen, die in prekäre Arbeitsverhältnisse – also Arbeit, die arm macht – gezwungen wurde, das Heer der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und die Selbstausbeutung der „Generation Praktikum“ erbrachten ihren Anteil an der guten Stimmung.

Doch das war nur die erste Rate. Rund 30 Milliarden Euro sind noch fällig (wovon allein 16 Milliarden als Steuergeschenk für die großen Unternehmen benötigt werden.) Sie errechnen sich aus den schon beschlossenen Steuer- und Abgabenerhöhungen für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Konsumenten.

Hinzu kommt noch der Bonus aus der schleichenden aber drastischen Kürzung der Altersversorgung durch die geplante Heraufsetzung des Renten- und Pensionsalters und der Gesundheitsreform.

Das gute Befinden der Regierenden und Unternehmensführer ist also langfristig gesichert.

Das Einzige, woran nicht gespart wird, sind gute Ratschläge. Wer sich fragt, wie er auch mit einem mittleren Einkommen künftig eine Familie mit zwei Kindern in der Ausbildung und ohne baldige Aussicht auf überlebensfähige eigene Einkommen, mit Oma oder Opa als Pflegefall und dem Bruder als unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen, in Zukunft klar kommen soll, sei unbesorgt: In Fernsehrunden produzieren Leute mit Einkommen zwischen zehn- und zwanzigtausend Euro allabendlich Vorschläge, wie Leute mit zwei- und viertausend Euro zurecht kommen können. Sozialdemokraten schlagen vor, auf den Urlaub zu verzichten – vielleicht, damit es in der Toskana nicht zu eng wird. Die Kanzlerin mahnt, die Zukunft nicht zu verbrauchen – vielleicht, weil sie sich gerade selbst nach Kräften darum bemüht.

Vor gut einem Jahr haben die Bürgerinnen und Bürger einen neuen Bundestag gewählt. Die große Koalition entsprach ihrem Votum und der Auftrag war klar: Kein Streit, keine Ideologen, sozial gerechte Reformen, eine planbare Zukunft. Sie sind offenbar gründlich missverstanden worden. Und dieses Missverständnis muss aufgeklärt werden. Aus diesem Grund haben die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund, auch die Gewerkschaft der Polizei, ihre Mitglieder aufgerufen, Flagge zu zeigen. Jeder, dem daran liegt, dass dieser Staat sozial gerecht regiert wird, sollte am 21. Oktober dabei sein – in Berlin, Dortmund, Stuttgart,

München oder Frankfurt am Main (siehe auch ab Seite 6). Viele fragen sich: Was bringen denn noch Demonstrationen? Sicher, wer glaubt, einmal Berlin Hin- und Zurück und schon sei das Problem gelöst, ist im Irrtum. Ein Irrtum ist es aber auch, zu glauben, gewerkschaftliche Demonstrationen fruchteten gar nichts. Eine (möglichst massenhafte) Bekundung der Unzufriedenheit und des Protestes wurmt Politiker der regierenden Parteien mehr, als sie öffentlich zugeben. Denn eines hat ihre gute Laune schon ein bisschen getrübt: Laut Infratest dimap sind ein Jahr nach der Bundestagswahl 70 Prozent mit der Arbeit der Regierung nicht einverstanden. 53 Prozent sagen zudem, dass sich ihre Erwartungen an die von ihnen gewählte Partei nicht erfüllt hätten. Die größte Unzufriedenheit herrscht bei den SPD-Wählern mit 67 Prozent. Bei den Unions-Wählern sind 51 Prozent von CDU und CSU enttäuscht.

Im Gegensatz zu einigen prominenten Kommentatoren mit ebenso prominenten Einkommen bin ich allerdings nicht der Meinung, dass sich Bürgerinnen und Bürger noch mehr Lasten für „ihre starken Schultern“ gewünscht hätten, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Sie sind empört über die Umverteilung von unten nach oben, empört darüber, für immer weniger Gegenleistung immer mehr bezahlen zu müssen. Ihre Angst vor Armut bei Krankheit oder im Alter ist ebenso berechtigt wie die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder. Gewählt haben sie aber Wohlstand und Sicherheit. Das müssen wir im Herbst noch deutlicher machen. Durch Mitmachen.

**Zu: Von Beurteilten und Beurteilern, DP 9/06**

Was die Kollegin Knospe in ihrem Artikel verfasste geht voll daneben. Die richtige Überschrift für diesen Artikel wäre „Sozialwissenschaften für Anfänger“ gewesen. Viele substanzlose, abgekupferte, inhaltslose Worthülsen, die uns nicht wirklich weiter bringen.

Wenn wir über Beurteilungen reden wissen alle, dass diese weg müssen PUNKT.

Das derzeitige System kann niemals objektiv sein und wird niemals funktionieren.

Ich möchte zwei Punkte aus dem Artikel aufgreifen.

1. Alt und jung. Zeig mir eine/n neue/n fertige/n Kollegin/en der/die auf eine Dienststelle kommt und sagt: „so, nun zeig ich Euch mal wie Streife gefahren, vernommen, Anzeigen geschrieben, Akten geführt, TKÜ gefahren etc... wird.“ Nein diese/r junge Kollege/in lernt von anderen – älteren – erfahrenen Kollegen/innen, die zudem auch noch die Verantwortung dafür tragen. Also müssen diese älteren Kollegen/innen auch besser beurteilt werden PUNKT.

2. Was ist eigentlich Leistung? Wenn ich mich ständig im Lehrgangstourismus, auf Seminaren und Hospitationen befinde, was leiste ich da und für wen?

In der gleichen Zeit ist ein/e andere/r Kollege/in ständig für den Bürger da, evtl. noch im Schichtdienst, mit Abweichungen vom Regeldienstplan, evtl. noch bei Sondereinsätzen, haut sich ggf. noch die Wochenenden und die Gesundheit um die Ohren usw. Wer hat nun mehr geleistet?

Der/die eine ist bei seinem/iherem Posten geblieben, somit absolut orts- und lagekundig. Der/die andere hat Verwendungsbreite. Was ist wieso, wodurch wichtiger und somit besser zu beurteilen? Oder will man (mal wieder) jemanden „ja nichts verbauen ...?“

Ist der/die Kollege/in schlechter weil er/sie sich nicht bewegen will – oder ist er/sie gerade deswegen wertvoll für eine Dienststelle, da hier jemand szenekundig ist?

Was ist mit der Sozialkomponente? Der/die eine hat Familie, muss Rücksichten nehmen. Der/

die andere kann sich frei und ungebunden, ohne persönliche Rücksichten bewegen.

Wer leistet mehr? Ich sage ganz klar, der/die mit Kindern. Denn diese Kinder könnten mal die Kolleginnen und Kollegen von morgen werden und die Rentenkassen füllen.

**FAZIT:** Weg mit den Beurteilungen und her mit einem intelligenten Laufbahnverlaufmodell. Gerade als Vertrauensmann bekommt man ein vergiftetes Betriebsklima durch (Ver)Beurteilungen sehr genau mit und ggf. auch den anschließenden Rechtsstreit.

Zudem kennt jeder den Spruch: Macht korrumpiert.

*Ernst-Otto Wagner,  
per E-Mail*



Führungsfeedback als Beurteilungsbeitrag über Vorgesetzte:

Die Erstbeurteiler von Vorgesetzten haben oft keine Sichtweise, wie der zu Beurteilende sein Tagesgeschäft als Einsatzleiter und Personalführer mit Leben füllt. Man kennt sich nur von Dienstbesprechungen. Der zu beurteilende Vorgesetzte soll doch über seine Leistung als Einsatzleiter im Streifendienst und als Personalführer seiner Dienstgruppe beurteilt werden und nicht über seinen Auftritt in irgendeiner Dienstbesprechung.

Hilfreich könnte hier die Personalanhörung der PVB aus der jeweiligen Organisationseinheit des zu beurteilenden Vorgesetzten sein – mit einem berücksichtigungsfähigen Beurteilungsbeitrag über die Leistungen im Tagesgeschäft, nach dem Leistungsprinzip.

Für wahre Transparenz ist unumgänglich, dass jeder Beurteilte konkret die Bewertung der anderen in der laufenden Beurteilungsrunde kennt. Wer das mit dem Begriff von „vertraulichen Personalangelegenheiten“ verhindert, hat nicht begriffen, worum es eigentlich geht. Denn mehr greifbare Transparenz für eine begrenzte Offenheit, um die Entscheidungen des Erstbeurteilers verglei-

chen zu können, ist unumgänglich.

Beurteilungsvorgespräche sparen Reklamationen. Warum also gibt es das Eröffnungsgespräch mit dem zu Beurteilenden erst, wenn der Beurteilungsentwurf schon „in Stein gemeißelt“ ist?

Unfair sind funktionsgebundenen Prädikatsvorgaben! Warum soll beispielsweise ein Gruppenbeamter in der Bereitschaftspolizei kein 5-Punkte-Prädikat bekommen? Das sieht nach Pfründesicherung aus für diejenigen, die privilegiert eine der wenigen Führungsstellen bekommen hatten.

*PK Udo Volkmann, Bonn*



Als ich den Abschnitt „Vom Senioritätsprinzip und Benjamineffekt“ gelesen hatte, wurde ich richtig wütend.

Ich mache jetzt seit 27 Jahren Wechselschichtdienst auf der Straße, Wind und Wetter, Nachtschichten, kurze Wechsel, ausgelutschte Sitze in den Streifenwagen, brütende Hitze – Klimaanlagen gab es noch nicht –, dafür darf ich jetzt lesen, dass ich wegen der sozialen Komponente ja über die Jahre hinweg auch „ein gewisses Maß an Leistung erbracht habe“. Dankeschön, liebe Frau Knospe, aber Sie sind für mich kein Maßstab, solange Sie nicht einige Jahre richtigen Polizeidienst versehen haben!

*Werner Hinz, per E-Mail*

**Zu: Verwechslungsgefahr der Bundespolizei in neuen blauen Uniformen mit dem DB-Sicherheitsdienst, DP 7/06**

Das Problem ist scheinbar erkannt: Verwechslungen mit dem DB-Sicherheitsdienst sind an der Tagesordnung.

Die geplante POLIZEI-Beschriftung auf Brust und Rücken der Oberbekleidung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das Problem besteht aber weiterhin, besonders bei warmer Witterung, wenn PVBs und Wachschützer

ohne Jacke (und somit ohne Beschriftung auf Brust und Rücken) ihren Dienst verrichten. Beide stehen dann in dunkelblauer Hose und hellblauem Hemd im Rampenlicht der Öffentlichkeit und sind zumindest auf dem ersten Blick nicht von einander zu unterscheiden.

Abhilfe kann hier nur die Ausstattung der PVBs (wenigstens die KSB, Gruppenleiter und DGL-Ebene der „Bahninspektionen“) mit dunkelblauen Kurzarmhemden schaffen. Hierbei wäre eine POLIZEI-Beschriftung auf Rücken und Brust wünschenswert und empfehlenswert! Die Bundespolizei würde damit (dunkelblaues Hemd) dem Beispiel der Polizeien z. B. Hamburgs, Niedersachsens und Bremens folgen und der Bürger hätte ein eindeutiges Identifizierungsmerkmal. Nur wenn ein PVB als solcher auch für den Bürger klar erkennbar ist, kann vom Bürger auch das angemessene Verhalten verlangt/erwartet werden.

*Frank Bieler, per E-Mail*

**Zu: LaufbahnVO: Was Zusagen der Politik wert sind, DP 9/06**

Ich bin seit 16 Jahren bei der Niedersächsischen Polizei und habe somit noch die alte Ausbildungsform mit allen Vor- und Nachteilen kennen gelernt. Derzeit befinde ich mich selber im Studium an der Fachhochschule der Polizei in Oldenburg und kenne nun auch sehr gut die neue Form der Ausbildung.

Zunächst bleibt für mich festzustellen, dass die Bezahlung der jungen Kollegen in keinem Fall nach A 8 oder niedriger erfolgen dürfte. Stattdessen sollte man allerdings tatsächlich einige andere Punkte überdenken:

In bislang fast jedem Studienjahrgang lag die Durchfallquote der jungen Studierenden zwischen 10 und 20 Prozent. Eine, wie ich finde, erschreckend hohe Zahl. Stellt sich die Frage, wie kommt eine so hohe Durchfallquote zu Stande?

Es wird den jungen Kollegen einfach in vielen Dingen zu leicht

gemacht. Warum sollte man sich denn nicht aus jedem Studienjahrgang die Besten aussuchen. Denn die Leute, die das Studium im ersten Anlauf mit einer anständigen Note bestehen, die waren doch dann auch mit Leib und Seele dabei. Diejenigen, die es nicht schaffen und statt sechs Semester acht brauchen, um dann noch gerade so mit einem Ausreichend zu bestehen, die haben halt für den Start in ihren Wunschberuf völlig falsche Schwerpunkte gesetzt. Und wie das an der Fachhochschule so aussieht, das sehe ich ja nun fast jeden Tag: Es wird noch Bequemlichkeit und Gleichgültigkeit an den Tag gelegt, die wir uns damals in unserer Ausbildung nie erlaubt hätten – sei es im Umgang mit Vorgesetzten, dienstlichen Materialien oder sei es die Dienstaufassung allgemein.

Somit wäre ich ganz eindeutig für das Prinzip „Hire&Fire“. Denn so muss sich jeder beweisen, der es wirklich ernst meint mit dem Beruf des Polizeibeamten und die Leute, die sich nur eine schöne und vor allem bezahlte Studienzzeit machen wollen, fallen komplett raus.

Eine etwas straffere und besser kontrollierte Ausbildung hat, denke ich, noch keinem geschadet.

*Tim Bachem,  
Polizeiinspektion  
Wilhelmshaven*

*Fortsetzung auf Seite 32*

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### **Kontakt zur Redaktion:**

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-114  
Fax: 030/39 99 21-190  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de**

# Gegen den Reformsog!

## Was wir alle schon haben

### Mehrwertsteuer:

Die Mehrwertsteuer wird zum 1. Januar 2007 auf 19 Prozent angehoben.

Von der „Gegenfinanzierung“ durch die Absenkung des Arbeitslosenbeitrages von 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent haben weder Beamte und Versorgungsempfänger noch Rentner und Arbeitslose etwas. Und wohin gehen diese Mehreinnahmen? Die werden zum Teil angespart, um die geplante Unternehmenssteuerreform zu finanzieren.

Kurzum: Wir zahlen die künftig höheren Gewinne der Unternehmen.

Und die werden davon mehr

**Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft für den 21. Oktober bundesweit zu Demonstrationen auf. Unter dem Slogan „Das geht besser. Aber nicht von allein!“ könnten Millionen Mitglieder öffentlich ihren deutlichen Unwillen über einseitige Verschlechterungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Nachdruck verleihen. Die Belastungen für den einzelnen Arbeitnehmer oder Ruheständler nehmen ungebührliche Ausmaße an. Wie gesagt: „Es geht besser, aber nicht von allein!“**

Arbeitsplätze in Deutschland finanzieren? Träum weiter, Deutschland!

Ab 1. Januar 2007 gilt für uns alle auch das **Steueränderungsgesetz**. Damit wird die Pendlerpauschale reduziert, der Sparerfreibetrag halbiert und der Kindergeldfreibetrag für studierende Kinder fällt nach dem 25. Lebensjahr weg.

Aber damit nicht genug:

Die **Rentenreform** will laut Koalitionsvereinbarung das Renteneintrittsalter auf 67 heraufsetzen. Abgesehen davon, dass in diesem Alter in unserer aufgabenverdichteten und technisierten Arbeitswelt nur schwer Schritt zu halten ist, sind viele schon so ausgepowert, dass der Krankenstand mit Sicherheit steigen wird oder aber die Leute mit hohen Abschlägen früher in den Ruhestand gehen. Das spart Rente!

Und das ist auch für Beamtinnen und Beamte wichtig. Erinnern wir uns an das Stichwort „wirkungsgleiche Übertragung“ aus der Koalitionsvereinbarung. Damit gerät z. B. auch die besondere Altersgrenze in der Polizei in Gefahr.

Darüber hinaus setzt uns die

**Gesundheitsreform** zu. Manchem mag noch das Regierungsversprechen in den Ohren klingen, dass die Beiträge der Krankenkassen künftig gesenkt werden sollen ... Nun geht es anders lang: Sie werden im kommenden Jahr steigen. Und die Privaten Krankenkassen werden nachziehen.

Und dann haben wir noch die **Föderalismusreform** am Hacken. Das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht liegt damit ab 2007 in den Händen der Länder. Wie wird es den Kolleginnen und Kollegen in den „armen“ Ländern gehen? Nehmen wir das Beispiel Berlin: Überalterung der Polizei, vielerorts Personalmangel, mangelhafte Ausstattung ...

Die Reform der **Pflegeversicherung** wurde nur verschoben. Keiner glaube an gleich bleibende oder gar sinkende Beiträge. Im Gegenteil neben Beitragssteigerungen stehen Leistungskürzungen im Raum.

Das alles sind Bereiche, die uns finanziell erheblich belasten. Darüber hinaus gibt es aber noch etliche weitere Schieflagen in unserem Land. Sorge sollte uns

### Lebenslüge

Jürgen Rüttgers (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, hält die in der CDU und der Wirtschaft verbreitete These, niedrige Steuern führten automatisch zu mehr Investitionen und damit zu neuen Arbeitsplätzen, für eine „Lebenslüge“. In seinem Bundesland sei der Effekt nicht eingetreten. Obwohl die Steuersätze seit 1998 kontinuierlich gesunken seien, sei die Zahl der Arbeitslosen um rund 150.000 gestiegen.

Wenn wir wollen, können wir Stärke



## Stilblüten der Sparsamkeit:

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) forderte kürzlich die Bürger zum Umdenken auf: In den nächsten Jahrzehnten kämen auf die Menschen höhere Ausgaben für Alter, Gesundheit und Pflege zu, sagte er der „Hörzu“. „Das heißt: Wir müssen im Zweifel auf eine Urlaubsreise verzichten, um für später vorzusorgen.“

ganz besonders die gegenwärtige Jugend- und Bildungspolitik machen, mit deren Auswüchsen die Polizei massiv zu tun hat. Hier bleiben ganze Generationen auf der Strecke. erinnert sei nur an den vielerorts katastrophalen Bildungsstand, an fehlende Ausbildungsplätze, an eine hohe Kinder- und Jugendkriminalität.

## Wollen wir das alles wirklich widerstandslos hinnehmen?

### Was geht so alles drauf, auf eine Polizistenhaut?

Erinnern wir uns und die politisch Verantwortlichen auch an all das, was speziell den Polizist-



innen und Polizisten seit Jahren aufgebürdet wurde. Z. B.:

1998 ist die Polizeizulage entdynamisiert worden und ihre Ruhegehaltfähigkeit ist weggefallen.

Im gleichen Jahr ist die Wartefrist für die Versorgung aus dem letzten Beförderungssamt von 2 auf 3 Jahre erhöht worden.

Ab 2003 mussten wir hinnehmen, dass das Versorgungsniveau in acht Anpassungsschritten

**Das Stimmungsbild in Deutschland hat sich verändert. Die Schere zwischen Ost und West geht erstmals wieder deutlich auseinander, das ergab die aktuelle Studie des R+V-Infocenters „Die Ängste der Deutschen“. Im Westen besserte sich die Stimmung spürbar, gleichzeitig haben die Ängste in den neuen Bundesländern den höchsten Stand seit 15 Jahren erreicht: Im Osten Deutschlands haben 55 Prozent der Menschen große Angst vor der Zukunft. Im Westen dagegen ist die Zahl von 50 auf 43 Prozent gesunken. Im gesamten Bundesgebiet jedoch bestimmen wirtschaftliche und politische Probleme das Bild: Die Sorge um steigende Preise, Unzufriedenheit mit den Politikern und hohe Arbeitslosenzahlen belegen die Plätze 1 bis 3.**

zeigen – nur Meckern hilft nicht!



Fotos: GdP



**Die GdP ruft alle ihre Mitglieder auf, Flagge zu zeigen. Jeder, dem daran liegt, dass dieser Staat sozial gerecht regiert wird, sollte am 21. Oktober dabei sein. Denn die Gewerkschaften sind nur so stark, wie sie von jedem einzelnen Mitglied unterstützt werden. Zeigen wir also Stärke. Vertreten wir unsere berechtigten Interessen. Und zwar gemeinsam bei den Demonstrationen am 21. Oktober in Berlin, Dortmund, Frankfurt am Main, München und Stuttgart. Nähere Informationen haben die GdP-Landesbezirke.**

71,75 Prozent und die Witwenversorgung auf 55 Prozent für die nach dem 31.12.2001 geschlossenen Ehen abgesenkt wurde.

Ab 2003/2004 gab es einschneidende Kürzungen des Weihnachts- und Urlaubsgeldes (in einigen Ländern ist es ganz weggefallen).

**Dafür ist in der Polizei allgemein auch etliches gestiegen. U. a.:**

- die Arbeitsbelastung – auch durch die Terrorismusbekämpfung und durch zunehmende Auslandseinsätze,
- die Wochen- und z. T. die Lebensarbeitszeit,
- der bürokratische Aufwand,
- das Durchschnittsalter,
- der Krankenstand,
- der Personalmangel,
- die Demotivation,
- die Verunsicherung wegen der Föderalismusreform.

**Was sich mancher Politiker so ausdenkt:**

Bundestagspräsident Norbert Lammert befürwortet laut Medienberichten eine jährliche automatische Steigerung der Abgeordnetendiäten. Dies solle auch für die Altersversorgung der Abgeordneten gelten. Maßgeblich für den Anstieg wären die Daten des Statistischen Bundesamts zur Steigerung der Lebenshaltungskosten und zur durchschnittlichen Lohn- und Rentenentwicklung. Mit dieser „objektivierte Diäten- und Versorgungs-Anpassung“ würde der politische Streit bei jeder Erhöhung der Diäten entfallen.

Die Bundestagsabgeordneten bekommen derzeit 7.009 Euro Entschädigung pro Monat zuzüglich einer steuerfreien Kostenpauschale von 3.647 Euro. Die Altersbezüge betragen bis zu 4.836 Euro.

**Wollen wir das alles widerstandslos erdulden? Zumal es Alternativen gibt. Noch stehen die detaillierte Ausgestaltung der Rentenreform, der Gesundheitsreform und der Föderalismusreform an. Wie sie letztlich konkret umgesetzt werden, ob gesetzlich verankerte Verschlechterungen in aller Schärfe kommen oder aber Abfederungen eingebaut werden können, kann auch davon abhängen, ob wir alles mit uns machen lassen. Wer sollte für unsere Interessen eintreten, wenn nicht wir selbst?**



**Weiteres zur Herbstaktivität „Das geht besser – aber nicht von allein! Für die soziale Erneuerung Deutschlands.“ unter [www.dgb.de](http://www.dgb.de)**

# EADS Secure-Networks erhält Zuschlag

**Sollte es tatsächlich wahr sein, dass endlich Licht am Ende des Digitalfunk-Tunnels zu sehen ist? Jedenfalls erteilte am 28.8.2006 das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern den Zuschlag im Vergabeverfahren zur Beschaffung der Systemtechnik für den BOS-Digitalfunk an die EADS Secure-Networks. Im Rahmen dieses Auftrages wird die EADS als Generalunternehmer gemeinsam mit Siemens bis zum 31.12.2010 ein bundesweites TETRA-Digitalfunknetz realisieren. Insgesamt hat das Projekt für die EADS ein potenzielles Volumen von bis zu 1 Mrd. Euro.**

Die Vergabeentscheidung des Bundesinnenministeriums basiert auf der Auswertung des schriftlichen Angebotes der EADS vom 6. Dezember 2005, einem umfangreichen Labortest zur Verifikation der angebotenen technischen Eigenschaften und Feldtests in Berlin und Baden-Württemberg zur Prüfung weiterer Systemfunktionen unter taktisch operativen Einsatzbedingungen. Sowohl im schriftlichen Angebot als auch in allen Testphasen konnte die EADS erfolgreich den Nachweis des wirtschaftlichsten Angebots im Wettbewerb erbringen.

gaben (BDBOS) zugestimmt. Das Verwaltungsabkommen haben Bund und Länder im Mai paraphiert. Die Unterzeichnung durch die Minister und Senatoren des Innern ist für November dieses Jahres geplant.

**Wirklich neueste Technik?**

Bleibt zu hoffen, dass es sich bei der Technik, die nun aufgebaut wird, um Technik von heute für morgen handelt. Denn dieses Verfahren macht einmal mehr deutlich, dass bei derartigen IT-

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble betonte anlässlich der Zuschlagserteilung: „Dieses Projekt beweist einmal mehr, dass Bund und Länder erfolgreich zusammenarbeiten können. Nun werden wir zügig mit dem Aufbau des BOS-Digitalfunks beginnen.“

**Das von Motorola beantragte Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer beim Bundeskartellamt ist abgeschlossen. Motorola hatte u. a. die Nichtberücksichtigung von mehreren Tetra-Lizenzen durch die EADS gerügt (siehe DP 7/06). Der Motorola-Antrag wurde aus verfahrensmäßigen Gründen abgelehnt.**

Weitere Eckpfeiler für die Einführung des Digitalfunks sind die Errichtung einer Bundesanstalt und das Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Bundestag und Bundesrat haben dem Gesetz zur Errichtung der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsauf-

Großprojekten die Probleme bereits mit der Ausschreibung beginnen. So werden Pflichtenhefte und Vorgaben erstellt, die nicht selten mehrere Aktenordner füllen. Für die Anbieter be-

deutet dies eine fast endlose Sisyphos-Arbeit.

Nach Erteilung des Zuschlags kommt meist die Ernüchterung, weil die technische Entwicklung die ursprünglichen Vorgaben in den Ausschreibungsunterlagen oft schon weit überholt haben. Für Änderungen ist es dann i. d. R. aus vergaberechtlichen Gründen zu spät, denn sie sind nicht

erlaubt. Damit würde unterlegenen Bietern zudem die Möglichkeit zur Klage eröffnet und das Verfahren müsste neu aufgerollt werden.

Hier ist eindeutig der Gesetzgeber gefordert. Die Vergabeprozesse müssen entschlackt und flexibler gestaltet werden. In einer Zeit der schnellen Entwicklungen und Anpassungen dürfen

gesetzliche Regelungen und Vorgaben nicht dazu führen, dass heute eine Technik von gestern gekauft werden muss.

Bleibt die Hoffnung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen ab 2010 endlich mit Digitalfunk arbeiten können, und zwar mit einem, der dem aktuellen Technikstand entspricht.

**Horst Müller**

## Wieder alles vakant?

**Kurz vor Redaktionsschluss erreicht uns über die Printmedien die Nachricht, dass die Einführung des Digitalfunks erneut auf der Kippe stehe. Nachdem der Vertrag mit EADS unter Dach und Fach war, glaubte niemand mehr an eine weitere Verzögerung. Doch offensichtlich hat man hier die Rechnung ohne die DB-Telematik, die das Netz aufbauen und betreiben soll, gemacht. Sie hat nun ihre Kostenrechnung auf den Tisch gelegt.**

Offensichtlich haben die Kosten für die Bundesregierung zunächst vordergründig keine Rolle gespielt, als beschlossen und verkündet wurde, die DB-Telematik werde das Sicherheitsnetz aufbauen und betreiben.

Im Haushalts- und Finanzplan des Bundes wurden rund 1,1 Milliarden Euro veranschlagt. Die DB-Telematik will aber 2,9 Milliarden Euro. Zu teuer, sagen die Länder, die das Projekt mitfinanzieren müssen. Recht haben sie.

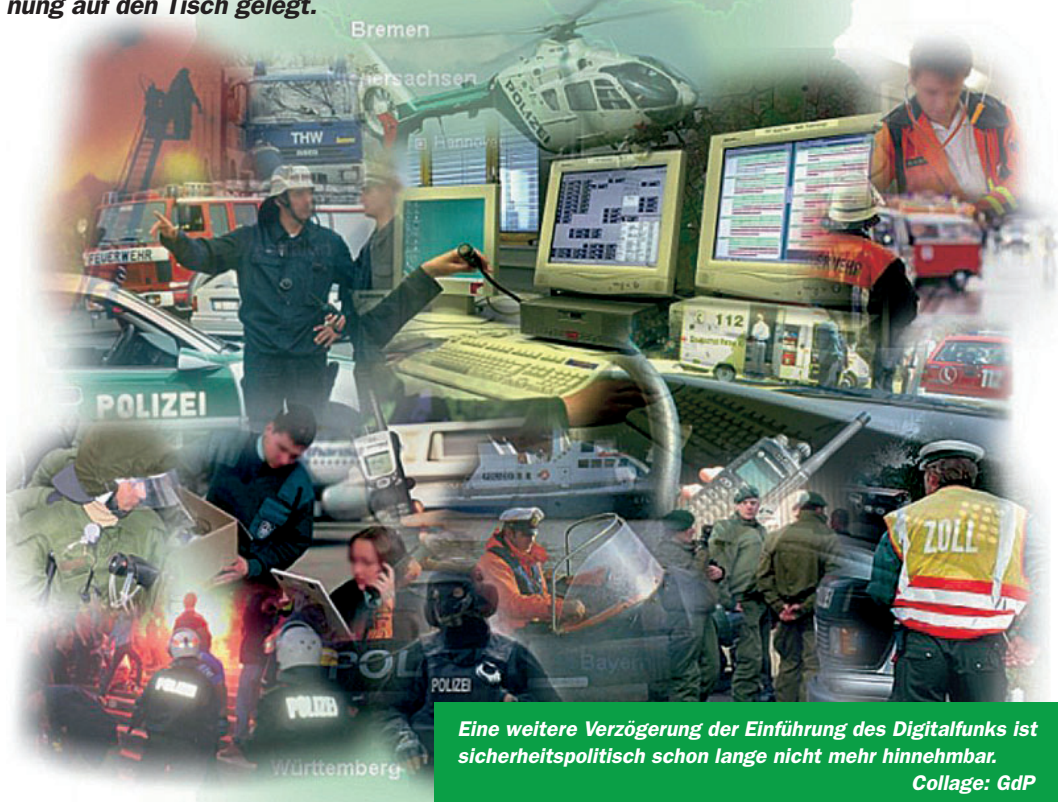
Nachdem die Kosten bekannt wurden, muss nun wieder ver-

handelt werden, mit den Ländern, der DB-Telematik und wem noch?

Auf eine Ausschreibung für den Netzaufbau und -betrieb hatte der damalige Bundesinnenminister Schily bewusst verzichtet und eine freihändige Auftragsvergabe an die DB-Telematik als verfahrensrechtlich zulässig deklariert.

Das Großprojekt „Digitalfunk“ ist erneut gefährdet, wenn es nicht kurzfristig zu einer Lösung kommt, die auch von den Ländern mitgetragen werden kann.

**Horst Müller**



**Eine weitere Verzögerung der Einführung des Digitalfunks ist sicherheitspolitisch schon lange nicht mehr hinnehmbar.**

**Collage: GdP**

# Genügend auf Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vorbereitet?

**„Wir bleiben am Ball: einstellen, ausbilden und übernehmen“, „Rechtsextremismus – dagegen muss man doch etwas tun!“, so lauten häufig die Schlagzeilen von verantwortlichen Politikern, wenn irgendwo in unserem Land die Medien rechtsextremistische Gewalt publizieren. Schnell werden dann Statistiken herangezogen, es wird darüber sinniert, welche Maßnahmen, welche Programme gestartet werden müssen – bis die nächste Schlagzeile mit einem neuen Thema kommt.**

Viele gute Projekte rund um das Thema Rechtsextremismus kennen das Phänomen der nur anlassbezogenen öffentlichen Wahrnehmung. Und auch innerhalb der Polizei, z. B. bei der wichtigen Säule der Aus- und Fortbildung ist das Thema nicht dauerhaft verankert. Dies ist Grund genug für die Junge Gruppe (GdP), immer wieder – auch nicht anlassbezogen – auf das Thema hinzuweisen und sich klar gegen Rechts zu positionieren.

Insbesondere unter Berücksichtigung des anstehenden und sich vollziehenden Bologna-Prozesses mit den neuen Bachelor-Studiengängen an den Fachhochschulen der Länder und den dort neu entstehenden Modulen über die Lerninhalte ist es immens wichtig, dass die anschließenden Forderungen für eine bessere Ausbildung, aber auch für eine kontinuierliche Fort- und Weiterbildung aufgegriffen und umgesetzt werden, um den Herausforderungen im Kampf gegen die vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wirklich gerecht zu werden. Das gilt natürlich für alle polizeilichen Aus- und Fortbildungsstätten, also auch die Polizeischulen für den mittleren Dienst.

## Ausgangslage

Wir junge Polizistinnen und Polizisten sind uns unserer Verantwortung als demokratische Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat bewusst. Dies gilt in besonderer Weise, wo wir uns in unserem Berufsalltag mit den

vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus konfrontiert sehen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind davon mehrfach betroffen: Als Menschen und Demokraten, als Polizisten im Einsatz und in der öffentlichen Diskussion um die polizeiliche Praxis!

Die deutsche Polizei als zuständiges Organ des staatlichen Gewaltmonopols ist Garant der öffentlichen Sicherheit. Sie ist

rer jungen Kolleginnen und Kollegen als Berufsanfänger finden?

Und dabei muss der Leitsatz gelten: Unser Land muss eine wehrhafte Demokratie sein und zwar nicht nur gegen totalitäre Bestrebungen schlechthin, sondern auch in besonderem Maße gegen neonazistische Aktivitäten im Allgemeinen!

Wer rechtsextremistische Aktivitäten verfolgt, die sich auf die Wiederbelebung nationalsozialis-



berufen, in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen. Doch sie muss dazu auch in die Lage versetzt werden. Und dies beginnt eben mit unserer Ausbildung. Welche Inhalte zu diesem Thema finden wir heute? Welche werden wir morgen in den Lehrstoffverteilungsplänen bzw. den zukünftigen Modulen unse-

tischen Gedankengutes richten, soll für sich nicht die demokratischen Grundrechte in Anspruch nehmen dürfen! Ich finde es bedenklich, dass NPD-Demonstrationen mit den dort zur Schau gestellten und propagierten Inhalten von uns Polizistinnen und Polizisten geschützt werden müssen, obwohl jeder, der die wahren Absichten und Inhalte kennt, das Unrecht fühlt!. Also, was tun?

## Konkrete Forderungen

Daher wollen wir auf die Herausforderungen umso besser vorbereitet werden in der Ausbildung an den Polizeischulen und Fachhochschulen der Länder und des Bundes, aber auch durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung. Die Junge Gruppe (GdP) fordert deshalb:

- Bewerberinnen und Bewerber müssen über die polizeiliche Realität, die Anforderungen des Berufstandes und über die möglicherweise im Dienst auftretenden Konflikte und Probleme besser informiert wer-

fende Erörterung der Rolle der Polizei im demokratischen Rechtsstaat.

- Zur Auseinandersetzung mit persönlichen und beruflichen Überzeugungen und Entscheidungssituationen ist dem Unterrichtsfach „Berufsethik“ breiterer Raum und höherer Stellenwert einzuräumen.
- Themen der politischen Bildung müssen regelmäßig und anlassbezogen in die Unterrichtsplanung integriert werden, damit die Beamtinnen und Beamten ihr eigenes Handeln in einen größeren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang stellen können. Dazu ge-

chende und Konflikt lösende Funktion der Polizei gestärkt wird.

- Zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz und Erleichterung des Umgangs mit ethnischen Minderheiten müssen Mentalitäten, bestehende Vorurteile und die Migrationsfrage ausreichend erörtert, durch persönliche Begegnungen erfahrbar gemacht und durch interkulturelle Trainingsmaßnahmen ergänzt werden.

Verhalten gegenüber gesellschaftlichen und ethnischen Minderheiten beeinflussen deren Einstellung oft mehr als jede Öffentlichkeitsarbeit. Damit setzen wir Zeichen für Toleranz und Verständnis und gegen Vorurteile. Dazu müssen wir Dialogbereitschaft zeigen gegenüber den unterschiedlichen Gruppierungen in unserer Gesellschaft und uns gleichzeitig zum Grundgesetz eindeutig positionieren. Wir müssen ihre Traditionen und besonderen Verhaltensweisen



Mit der Verteidigung der Werteordnung unseres Grundgesetzes sind wir Polizistinnen und Polizisten vor allen anderen gefordert, die Würde des Menschen zu schützen sowie gegen ihre Verletzungen und Beeinträchtigungen einzuschreiten. Daher ist uns bewusst: Unsere Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus darf sich nicht darauf beschränken, rechtsextremistische motivierte Straftaten zu verfolgen, damit sie mit der ganzen Härte der Gesetzes zur Verantwortung gezogen werden können.

Wir sind zusätzlich gefordert, wenn es um die Entwicklung von Strategien zur Prävention und den Schutz der Opfer geht. Dafür

**Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts durften die Rechtsextremen im Mai vergangenen Jahres nicht am Berliner Holocaust-Mahnmal vorbei zum Brandenburger Tor ziehen. Aber auf dem Alexanderplatz durften sie sich zur Schau stellen. Und viele unserer Kolleginnen und Kollegen mussten den Aufzug schützen...** Foto: ddp

den. Bei ihrer Auswahl sollte auch der Umgang mit Aggressionen und Konflikten durch geschultes Prüfungspersonal hinterfragt werden.

- Angesichts des Missbrauchs und der Rolle der Polizei in der Weimarer Republik und im Dritten Reich müssen historische Kenntnisse vermittelt werden, die als Grundlage dienen für eine fächerübergrei-

hört die permanente Aufklärung über Tendenzen und Hintergründe rechtsextremistischer Machenschaften

- Die Vermittlung und Steigerung der sozialen Kompetenz muss in der Ausbildung den gleichen Stellenwert erhalten, wie die Vermittlung von Fach- und Rechtswissen, damit das Aufgabenverständnis für die helfende, ordnende, ausglei-

stehen wir allen demokratischen Institutionen und Initiativen als Partner zur Verfügung.

Als Polizistinnen und Polizisten sind wir zudem in der Pflicht, unser eigenes Handeln an den Maximen des Grundgesetzes zu messen und als Vorbilder im Umgang mit gesellschaftlichen und ethnischen Minderheiten zu wirken. Unser Auftreten und

kennen, ihre Sicherheitsbedürfnisse akzeptieren und ihr Vertrauen gewinnen. Nur so werden wir als Polizei unserem Auftrag im Kampf gegen die vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus wirklich gerecht.

Diesen Anspruch formulieren wir als Junge Gruppe (GdP) an uns und unsere Kolleginnen und Kollegen in einer bürgernahen und gemeinwesenorientierten Polizei. Wir wissen: Für die Kolleginnen und Kollegen im Wechselschichtdienst, die das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit prägen, ist diese Anforderung angesichts der vielfach ungünstigen Arbeitsbedingungen nicht immer leicht zu erfüllen. Um aber im Umgang mit gesellschaftlichen Randgruppen sozial angemessen reagieren zu können, müssen:

- Lebenssituation und Berührungspunkte thematisiert und Handlungsmuster geübt werden.
- Zur Grundausbildung jedes Polizisten und jeder Polizistin muss ein Training zur Konfliktbewältigung gehören, um sie zur Wahrnehmung der Mittlerfunktion in zwischenmenschlichen Konflikten zu befähigen.
- Zur Dialogbereitschaft mit unterschiedlichen Gruppierungen der Gesellschaft gehört die Fähigkeit zum Dialog. Daher ist die ausführliche Vermittlung kommunikativer Basisfertigkeit in Theorie und Praxis unverzichtbar.
- Zu einer professionellen Polizeiarbeit gehört ein reflektierter Umgang mit Belastungssituationen. Dazu muss der bzw. die Einzelne mit den Techniken der Stressbewältigung vertraut sein. Gleichzeitig soll das unter dem Begriff der „Supervision“ bekannte Beratungs- und Betreuungskonzept zur Verbesserung der Arbeitssituation eingesetzt werden.

Die Experten an allen Ausbildungs- und Fortbildungsstandorten sind aufgefordert, diese Überlegungen in die kommenden Neuerungen der Aus- und Fortbildung einfließen zu lassen.

*Sascha Göritz*

# Cyberbullying: Eine neue Form der Gewalt

**Neue Medien und Informationstechnologien werden vermehrt im Zusammenhang mit psychischer und physischer Gewalt durch Jugendliche genutzt.**

Anfang Juni 2006 berichtete die Staatsanwaltschaft Braunschweig, dass ein Jugendlicher aus dem Landkreis Goslar einen 14-jährigen Jungen gezwungen hatte, schmerzhaft sexuelle Handlungen an sich zu vollziehen. Zwei weitere Jugendliche filmten die Tat mit ihren Handy-

gern oft auch noch im Internet für die ganze Welt zur Verfügung gestellt.

Erste Fälle solcher „Happy Slapping“ (dt. etwa „fröhliches Verprügeln“) genannten Angriffe traten 2004 in England auf. Mittlerweile lassen nun zahlrei-

technik von dem Betreiber eines der größten Internet-Medienportale zum Thema Bullying, Bill Belsey, „Cyberbullying“ getauft wurde. Auch die Überflutung mit

**Cyberbullying: Verletzung und Belästigung von Personen mittels Nutzung neuer Informations- und Kommunikationsmedien wie E-Mails, Handys und verleumderischer bzw. beleidigender Webseiten.**



**Harmloses Handy – zum Quälen zweckenfremdet**

**Foto: ro**

einschüchternden oder beleidigenden E-Mail- bzw. SMS-Nachrichten, Telefonaten und Drohungen in Chatforen und Weblogs werden zum Cyberbullying gezählt.

## Das Ausmaß

Durch die moderne Technik begann sich Cyberbullying seit einigen Jahren rasant zu verbreiten. Eine Umfrage der australischen National Coalition Against Bullying besagt, dass von den 13.000 befragten Mädchen bereits 42 % Opfer von Cyberbullying per SMS oder E-Mail geworden waren. In Kanada gaben von 264 Besuchern mehrerer Junior High Schools knapp ein Viertel an, bereits Opfer von Cyberbullying geworden zu sein – davon über ein Drittel mehr als drei Mal.

Dass solche Gewaltformen ebenso gefährlich sein können wie die Schlägerei vor dem Handy, beweist eine Reihe von Vorfällen. Besonders schlimm traf es einen etwas stämmiger gebauten Jungen, der sich als kämpfender Jedi-Ritter aufnehmen ließ. Das Video wurde ohne sein Wissen ins Internet geladen und lief nicht nur in seinem Umfeld, sondern grenzübergreifend in den USA und in Europa Hohn und Spott hervor. Der Junge musste sich daraufhin in psychiatrische Behandlung begeben.

kameras und ein vierter stellte die Aufnahmen ins Internet.

Dass pornografische und gewalthaltige Inhalte aus dem Internet auf Schülerhandys heruntergeladen und dann im Bekanntenkreis verbreitet werden, ist schon länger bekannt. Alleine die Polizei in Goslar ermittelte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bereits in etwa 15 solcher Fälle. Doch zunehmend machen bundesweit auch Fälle Schlagzeilen, in denen Jugendliche ihre Mitschüler verdeckt oder offen in verfänglichen Situationen filmen oder sie sogar verprügeln bzw. quälen, um die Tat zu filmen und das Leiden des Opfers bekannt zu machen. Die Aufzeichnungen werden nicht nur im Pausenhof herumgezeigt, son-

che deutsche Fälle aufhorchen: Mitte April wurde eine Kölner Jugendbande festgenommen, die sozial schwache Menschen brutal verletzte und dies mit ihren Handys aufgenommen hatte. In Berlin-Tempelhof wurde im März ein Mädchen von fünfzehn Mitschülern zusammengeschlagen, die das Geschehen auf Handy aufzeichneten und herumzeigten, und in einer Stuttgarter Hauptschule griff im Frühjahr ein 15-Jähriger einen jüngeren Schüler mit Tritten an und ließ sich dabei von seinem Freund filmen.

Schläge vor der Handykamera sind aber nur die Spitze des Eisbergs eines grenzübergreifenden Trends, der wegen seiner Nutzung moderner Informations-

In einem weiteren Fall wurde ein vierzehnjähriger heimlich beim Toilettengang gefilmt und das Material in der Schule herumgereicht. Noch härter traf es ein zwei Jahre älteres Mädchen, das zum Oralverkehr gezwungen und dabei von einem Mitschüler gefilmt wurde. Das erniedrigende Material wurde anschließend

niedrigung erhält Cyberbullying eine zusätzliche Dimension als Hilfsmittel für Erpressungen. So schlugen ältere Mitschüler einen Sechstklässler zusammen und zeigten anderen Kindern die Aufzeichnung unter der Drohung, dass es ihnen ähnlich ergehen würde, falls sie nicht Geld zahlten.

Das Quälen und Erniedrigen von Jugendlichen durch ihre Mitschüler ist kein neues Phänomen. Wer kann sich nicht aus seiner eigenen Kindheit daran erinnern, wie Freunde – oder gar man selbst – den „Fettie“, die „Pferdefresse“ oder den „Spacko“ verspottet hatten, immer wieder, an jedem Morgen eines neuen

## Der Autor:



**Dr. Frank J. Robertz, Kriminologe; neben der Durchführung wissenschaftlicher Forschungs- und Lehraufträge trainiert er gewaltbereite und straffällig gewordene Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Konfliktbewältigung, Aggressionskontrolle und Empathie. Gemeinsam mit dem Historiker Dr. Ruben Philipp Wickenhäuser leitet er das Freie Institut für Gewaltprävention und angewandte Kriminologie ([www.igak.org](http://www.igak.org)).**

in der Schule herumgezeigt. In Toronto stellte ein 16-jähriger Nacktphotos seiner Freundin ins Internet; eine 13-jährige wurde in Gloucester derart gedemütigt, dass sie nicht mehr zur Schule ging und ein Heimschulprogramm besuchen musste. Sogar die Times of India brachte in einer Regionalausgabe einen längeren Beitrag zum Thema.

## Neue Dimension des Quälens

Neben der in den aufgeführten Beispielen praktizierten Er-

### **Welche Anzeichen sprechen dafür, dass ein Kind oder Jugendlicher Opfer von Bullying sein könnte?**

- auffällige plötzliche Verhaltensänderungen gegenüber nahe stehenden Personen, wie Eltern, Geschwistern oder Freunden,
- Häufungen von Verletzungen oder beschädigten Gegenständen,
- ungewöhnlich großer Widerstand gegen den Schulbesuch oder Schulschwänzen,
- anhaltende depressive oder aggressive Gestimmtheit,
- gefährliche oder Norm verletzendes Verhalten, um Mitschüler zu beeindrucken,
- generelle Stresssymptome wie Schlaf- und Essstörungen, Nervosität oder Ängstlichkeit

Schultags? Wie Federmäppchen aus dem Fenster flogen oder Kaugummis auf der Sitzfläche eines Stuhls klebten, immer bei dem gleichen Typen aus der Klasse? Wenigstens konnte früher das Federmäppchen zurückgeholt und der Kaugummi rechtzeitig entfernt werden. Wenigstens bot das Kinderzimmer Schutz vor

den Attacken der anderen. Cyberbullying endet dagegen nicht an der Wohnungstür: „Wenn man einen schlechten Tag in der Schule hatte, dann fand man zu Hause einen sicheren Hafen“, erklärt Glenn Stutzky, Professor an der Michigan State University und Experte für Schulgewalt. „Heutzutage begleitet es einen nach Hause, bis ins Schlafzimmer hinein.“ Schlimmer noch: Werden verhängliche Bilder im Internet veröffentlicht, kann jeder sie sich ansehen – weltweit.

### Wie sich Schüler gegen Cyberbullying schützen können:

- Niemals Identifikationszugänge (PINs, Passworte) weitergeben, damit die eigenen Daten und die Daten von Freunden geschützt bleiben.
- Anonymen und unbekanntem Chattern nicht alles glauben und ihnen keine intimen Informationen mitteilen. Eventuelle reale Treffen mit noch unbekanntem Chattern sollten nur in öffentlichen Bereichen stattfinden.
- In Chatrooms gegebenenfalls den „ignore-button“ benutzen, um eine böswillige Konversation zu beenden und den Moderator des Chatrooms informieren.
- Keine Antworten auf beleidigende Nachrichten senden, um Cyberbullies nicht zu weiteren Provokationen anzustacheln. Notfalls neue Accounts eröffnen.
- Einen Erwachsenen ins Vertrauen ziehen und den Internet-, IM- oder Handyanbieter informieren, wenn Drohungen oder demütigende Aufnahmen eingehend.
- Fortgesetzte Beleidigungen und Drohungen nicht sofort löschen, sondern als Beleg aufbewahren.
- Ab und zu die Elektronik abschalten und entspannen.

Vor solchen Formen der Demütigung kann der Betroffene sich kaum noch schützen. Ihre Folgen einzudämmen ist kaum möglich. Im Gegenteil: Wehrt der Betroffene sich mit entsprechenden Antwort-E-Mails oder reagiert er auf andere Weise, kommt er damit seinen Tätern sogar noch entgegen, denen es in erster Linie um die Kontrolle und Erniedrigung ihres Opfers geht.

Allzu häufig werden solche

nicht mehr physisch gegenüberzutreten, außer im Fall des „Happy Slapping“. Weil er weitgehend anonym bleibt, kann er zudem nicht direkt konfrontiert und für seine Taten zur Rechenschaft gezogen werden.

Und dabei sind virtuelles Mobbing durch Handyfilme, SMS, MMS und beleidigende Weblogs, ebenso wie Chatrooms zur Verabredung von Schlägereien oder zur Diskussion von

Jugendliche meist kein „externes Werkzeug“ mehr. Sie sind ein natürlicher Teil der Welt, in der sie aufwachsen. Auch als „Always On“-Generation bezeichnet, sind sie quasi konstant mit ihren Freunden verbunden. Sie nutzen Realzeitverbindungen, wie Handysgespräche, Instant Messaging (IM) oder Chats, um sich in allen Lebenslagen auszutauschen.

Nicht nur durch seine sofortige Verbindung, sondern auch



Ständiger Begleiter, ohne Handy geht nichts mehr Foto: dpa

Fälle gar nicht oder erst zu spät gegenüber jenen erwähnt, die schützend eingreifen könnten, ob dies nun Lehrer, Schulpsychologen oder Eltern sind.

Noch aus einem zusätzlichen Grund ist Cyberbullying eine neue Dimension des Quälens: Man braucht keinen Mut mehr, um das Opfer zu demütigen – ein Mausclick vor dem heimischen Rechner genügt. Die natürliche Hemmung, anderen Menschen Schaden zuzufügen, wird nicht zuletzt über die körperliche Nähe zum potentiellen Opfer und das direkte Mitansetzen der zugefügten Verletzungen aufgebaut. Durch die Nutzung der anonymisierenden Medien braucht der Täter seinem Opfer

Selbsttötungen nur Symptome eines grundlegenden Problems. Jugendliche kommunizieren heute zunehmend über Wege, die Erwachsenen fremd sind und die sich deren Aufsicht komplett entziehen. Während es schon immer eine weltanschauliche Kluft zwischen den Generationen gegeben hat, war diese zuvor sprachlich überwindbar. Mittlerweile hat sich jedoch durch die zunehmende Technisierung der Welt nicht nur eine neue Jugendsprache, sondern sogar eine neue jugendtypische Wahrnehmungsform entwickelt, die bei Eltern Ratlosigkeit und Resignation hervorrufen kann.

Die elektronischen Kommunikationsmittel sind für Kinder und

durch seine vielfältigen Funktionen stellt das Mobiltelefon für sie einen heiligen Gral der Selbstdarstellung und des Zugehörigkeitsgefühls dar. Heute ist das mit individuellen Schalen, Klingeltönen, Logos und selbst aufgenommenen Filmen ausgestattete Handy zum Inbegriff des sozialen Status geworden. Kürzlich stürzte ein junges Mädchen bei Köln zwanzig Stufen hinunter und kam mit einigen Blessuren am Fuße der Treppe an. Ihr Handy hielt sie jedoch die ganze Zeit schützend in die Höhe – die eigene Gesundheit war zweitrangig. Die größte Angst ist es, das Handy zu verlieren und damit aus der Kommunikationskette mit den eigenen Freunden ausgeschlossen zu sein.

## Gegensteuern

Um diese Sichtweisen zu verstehen und nicht den Kontakt zu den eigenen Kindern zu verlie-

### Gefährliche Webseiten und Chatforen

Es zeigt sich zunehmend, dass einzelne Webseiten nicht nur zur Verbreitung illegalen Materials oder zur Einschüchterung anderer Jugendlichen erstellt werden, sondern absichtlich falsche oder gar gefährliche Informationen vermitteln. Die britische Organisation „Bullying Online“ hat beispielsweise Webseiten gefunden, auf denen Jugendlichen beigebracht wurde, sich selbst zu verletzen oder sich sogar selbst zu töten. Mitunter gaben die Betreiber dabei vor, eine vertrauenswürdige Autoritätsperson (etwa ein Lehrer) zu sein. Analog gilt dies für Chatforen. Hier kam es vor, dass Erwachsene sich online als Jugendliche ausgaben, um die jungen Leute an einen bestimmten Ort zu locken. Jugendliche und erwachsene Bezugspersonen sollten aufhorchen, wenn jemand online

- Gesprächsinhalte oder die Tatsache der Unterhaltung als solches geheim halten will,
- das Gegenüber im realen Leben treffen will, ohne dass ein Dritter es erfahren soll,
- wiederholt darauf besteht, Adresse und Telefonnummer mitgeteilt oder persönliche Photos geschickt zu bekommen,
- Bilder oder andere Inhalte mailt, die den Jugendlichen irritieren und die er niemandem sonst zeigen soll,
- droht, dass man Probleme bekommen wird, wenn das Geschehene einem Erwachsenen mitgeteilt wird.

ren, ist es für Erwachsene wichtig, sich mit den neuen Medien auseinanderzusetzen. Auch die zugehörigen Lebenswelten von Jugendlichen müssen zumindest ansatzweise erfasst werden können. Mit „Erfassen“ ist allerdings nicht vorwiegend Kontrolle gemeint, sondern eher Interesse.

Zahlreiche Beispiele von aggressiven oder auch selbstschädigenden Handlungen durch Jugendliche haben in jüngster Vergangenheit gezeigt, was passieren kann, wenn die Kommunikation zwischen den Generationen komplett abreißt. So war der jugendliche Täter des Erfurter Gutenberg-Gymnasiums weitgehend von der Gesellschaft abgeschnitten: Seiner Familie fiel erst nach seiner Tat auf, dass er schon seit Monaten nicht mehr die Schule besuchte, sondern seine Zeit stattdessen im Cafe, mit Waffen und am Computer verbrachte.

Restriktive Maßnahmen sind natürlich nicht durchweg falsch



Heimlich beobachtet, öffentlich gedemütigt Foto: ro

– nachhaltige Wirkung können sie aber nur dort erzielen, wo auch das Umfeld stimmt. An der erwähnten Stuttgarter Hauptschule werden neuerdings die Handys von einem Mitschüler oder einer Mitschülerin eingesammelt und weggeschlossen. Ein Opfer von Cyberbullying hatte sich an die Schulleitung gewendet, diese rief die Polizei

und die Täter wurden daraufhin eine Woche lang vom Unterricht ausgeschlossen.

Solche Maßnahmen können helfen, wenn sie fallspezifisch angewendet werden. Aber sie sind nur ein kleines Puzzlestück, das auch an der besagten Schule nur durch ein tragfähiges Gesamtkonzept funktioniert.

Pauschal ist ein Handyverbot wenig sinnvoll – nicht nur, weil es den deutschen Schulen schon ohne aufwändige „Handykontrollen“ an Personal mangelt, nicht nur, weil Cyberbullying mit Internet und Chatrooms viel weiter geht. Ein halbherziges Wegnehmen wird das Phänomen nicht einfach verschwinden lassen, sondern es bestenfalls vom Schulhof auf das Nachbargrundstück verlagern.

Die Opfer von Cyberbullying vertrauen sich häufig ihren Lehrern oder Eltern nicht an, weil sie ohnehin keine Hilfe von ihnen erwarten. Pädagogen müssen das Phänomen in seiner ganzen Vielschichtigkeit verstehen ler-

nen und dann mit den Jugendlichen auf Augenhöhe und diskussionsfreudig nach Lösungen suchen. Nur wenn Cyberbullying mit Schülern problematisiert und in diesem Verlauf sowohl Einsicht als auch Empathie erzeugt wird, kann man seine Verbreitung eindämmen und weitere Opferwerdungen verhindern.

Dr. Frank Robertz

### Überprüfen von Handys auf kompromittierende Inhalte

Die meisten aktuellen Handy-Modelle sind mit internen Kameras ausgestattet, wobei die Qualität der Fotos und Filme recht hoch sein kann. Leider erlaubt die Vielfalt moderner Handys keine simple und allgemeingültige Bedienungsanleitung. Dennoch lassen sich einige Hinweise zum Auffinden von Gewaltfilmen auf Handys festhalten:

- Filme und Bilder werden als Dateien im Speicher des Handys abgelegt. Hinweise finden sich in der Regel im Menü des Handys. Zumeist sind die Filme und Photos unter den Einträgen „Filme“, „Movie“ oder „Media“ gespeichert.
- Es ist möglich, Filme und Bilder an anderen als den standardmäßig eingestellten Orten zu speichern. Um das zu überprüfen, sollte auf Menüeinträge geachtet werden, die „Dateimanager“, „Filemanager“, „Dateiexplorer“ oder auch „fexplorer“ lauten. Derartige Hilfsprogramme zeigen die auf einem Handy gespeicherten Dateien an. Filme haben zumeist Endungen wie mpg, mpeg, avi oder 3gp.
- Es ist jedoch auch ein Verbergen der Dateien durch die Änderung der Dateinendungen denkbar. Einen Hinweis hierauf liefert die Größe der gespeicherten Dateien, denn Filme und hochauflösende Bilder sind im Vergleich zu anderen Dateien sehr groß.
- Im so genannten „Papierkorb“ des Handys finden sich unter Umständen bereits gelöschte, jedoch noch nicht entfernte Dateien. Diese können wiederhergestellt werden.



## **EU untersucht Handy-Gefahren für Kinder**

Nun hat sich auch die EU-Kommission der Probleme, die sich durch Handys in Kinder- und Jugendhand ergeben können, angenommen. Gegenwärtig befragt sie Eltern, Jugendliche, die Telefonbranche und Verbänden, um mehr über mögliche Risiken des Handy-Gebrauchs zu erfahren. Im Ergebnis will sie die Einführung von Vorschriften zum Schutz von Kindern und Ju-

gendlichen vor Gefahren durch die Nutzung von Mobiltelefonen prüfen.

Der Hintergrund: Jugendgefährdende oder gar illegale Inhalte per SMS oder Bildnachricht, Kontaktversuche von Pädophilen oder für Kinder unüberschaubare Kosten bereiten zunehmend Sorgen.

Ein wachsendes Problem sei

auch in Mobilfunknetzen die unerbetene Werbung. Die Kommission zitierte eine Studie aus Spanien, wonach 72 Prozent der Minderjährigen auf ihrem Handy bereits eine Spam-SMS fanden, die sie zur Teilnahme an Gewinnspielen aufforderte.

Laut Kommission hat die Verbreitung der Mobiltelefone gerade bei den jüngeren Nutzern

drastisch zugenommen. In Deutschland haben demnach über 90 Prozent der zwölf- bis 19-Jährigen ein eigenes Handy, bei den sechs- bis 13-Jährigen ist es fast jedes zweite Kind.

Eine finnische Studie fand heraus, dass jedes fünfte Kind zwischen sieben und 15 Jahren niemals mit seinen Eltern über die Handy-Nutzung redet.

## **GDP-WM-GEWINNSPIEL**

### **Die Gewinner stehen fest**



#### **Die Gewinner der Hauptpreise des GdP-WM-Gewinnspiels:**

- **Der Mini geht an Jens Isensee aus Sachsen-Anhalt, eine 10-tägige Kenia-Reise an Dieter Sölch aus Bayern.**
- **Mit dem Laptop kann künftig Dirk Nitschke aus Berlin hantieren.**
- **Über je ein Navigationssystem können sich Jürgen Fuhrmann aus Thüringen, Bernd Reinwand aus Bayern und Heike Bock aus Nordrhein-Westfalen freuen.**

Dieser MINI ONE und viele andere attraktive Preise waren bei unserer WM-Mitgliederwerbeaktion und bei unserem GdP-WM-Quiz zu gewinnen.

Über 3.000 Kolleginnen und Kolleginnen hatten sich beteiligt. Aus allen richtigen Einsendungen und unter den Werbern haben Konrad Freiberg und Bernhard Witthaut in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle in Berlin unter den Augen des Justizars Andreas Nowak die Gewinner der über 80 attraktiven Preise gezogen.

Neben dem Mini gab es u. a. drei mobile Navigationssysteme, ein Laptop, zwei digitale Videokameras, zehn Digitalkameras, zwei mobile DVD Player, zwei

iPods, acht MP3-Player, ein Fußball mit den Unterschriften der Spieler der deutschen Nationalmannschaft, mehrere Reisegutscheine, Kurzreisen und diverse Hotelgutscheine zu gewinnen.

**Allen Gewinnern unseren herzlichsten Glückwunsch!**

Die Preise sind unterwegs. Der Mini wurde dem Besitzer am 20. September von Konrad Freiberg persönlich übergeben.

*Die Preise hat die GdP durch Unterstützung von befreundeten Firmen und der GdP-Sozialwerke bekommen, bei denen wir uns herzlich bedanken.*

**Der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg (r.) und sein Stellvertreter Bernhard Witthaut ließen sich diese angenehme Aufgabe nicht aus der Hand nehmen: Sie zogen persönlich die Gewinner.**

**Foto: tetz**



# Urteile



## Dienstreise als Arbeitszeit?

Bei Dienstreisen gilt nach den Tarifbestimmungen des öffentlichen Dienstes nur die Zeit der dienstlichen Inanspruchnahme am auswärtigen Geschäftsort als vergütungspflichtige Arbeitszeit. Reisezeiten sind ausgenommen. Der Tarifvertrag stellt sicher, dass dem Arbeitnehmer mindestens die regelmäßige tägliche Arbeitszeit vergütet wird, selbst wenn am Geschäftsort weniger gearbeitet wird (§ 17 Abs. 2 BAT). Daran hat der TVöD grundsätzlich nichts geändert; es besteht nach der Neuregelung lediglich unter engen Voraussetzungen ein Anspruch des Arbeitnehmers auf Freizeitausgleich (§ 44 Abs. 2 TVöD). Diese tarifliche Regelung verstößt nicht gegen höherrangiges Recht: Dienstreisezeiten müssen nicht wie Arbeitszeit vergütet werden.

Das gelte jedenfalls dann, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nicht die Benutzung eines selbst zu lenkenden Fahrzeugs vorschreibt und dem Arbeitnehmer auch überlassen bleibt, wie er die Fahrtzeit gestaltet. Fahrtzeiten sind dann Ruhezeiten im Sinne des Arbeitszeitgesetzes.

Der Kläger – Mitarbeiter einer Bundesbehörde – wollte die Beklagte verpflichten, seinen Dienstplan künftig so zu gestalten, dass er arbeitstäglich einschließlich der Reisezeiten nicht mehr als zehn Stunden eingesetzt wird. Die Klage vor dem Bundesarbeitsgericht hatte keinen Erfolg.

**Bundesarbeitsgericht,**  
11.7.2006, Az: 9 AZR 519/05



## Zeckenbiss kein Dienstunfall

Ein Beamter, der auf seinem Weg zum Dienst von einer Zecke gebissen wird, hat keinen Anspruch darauf, dass der

Zeckenbiss als Dienstunfall anerkannt wird.

Der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Trier lag die Klage eines Polizeibeamten zugrunde, der den Weg zwischen seinem Wohnort und der Dienststelle mit dem Fahrrad zurücklegte und dabei ein Waldstück durchquerte. Auf der Dienststelle stellte er einen Zeckenbiss fest. Der Beamte begehrte vom beklagten Land Rheinland-Pfalz die Anerkennung des Zeckenbisses als Dienstunfall.

Sein Begehren wurde mit der Begründung abgelehnt, nach allgemeiner Lebenserfahrung sei es ebenso gut möglich, dass die Zecke bereits vor Antritt der Fahrt an den Körper des Klägers geraten sei.

**Verwaltungsgericht Trier,**  
13.7.2006, Az: 1 K 409/06.TR



## Zuschuss zur Besoldung für Beamte im Beitrittsgebiet

Auf den Zuschuss zur Besoldung, der Beamten in den neuen Bundesländern gezahlt wird, haben auch diejenigen Beamten einen Anspruch, die die laufbahnrechtlichen Anforderungen überwiegend im ehemaligen Bundesgebiet erfüllt haben. Zwar müssen sämtliche Befähigungsvoraussetzungen bei ortsbezogener Betrachtung im ehemaligen Bundesgebiet erworben worden sein. Allerdings ist es nicht erforderlich, dass die fachbezogene Ausbildung und die Prüfung ausschließlich im bisherigen Bundesgebiet absolviert wurden. Im Einzelfall kann es ausreichen, dass der Beamte die Ausbildung und Prüfung zu gleichen Anteilen im bisherigen Bundesgebiet und im Beitrittsgebiet durchgeführt hat.

**Bundesverwaltungsgericht,**  
2 C 14.05

# Wie weiter mit dem KOK?

## Welche Aufgaben nimmt der KOK wahr und welche Strukturen stehen dafür zur Verfügung?

Durch die gemeinsame Arbeit im KOK werden das Fachwissen und die vielfältigen Praxiserfahrungen der Mitgliedsorganisationen gebündelt und gemeinsam weiterentwickelt. Somit können wir in Abstimmung und gezielt auf die nationale und internationale Politik gegen Menschenhandel einwirken. Unsere Geschäftsstelle dient der Koordination und langfristigen Umsetzung unserer Arbeit mit Hilfe von Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Meine Aufgabe als Geschäftsführerin ist es, die Mitgliedsorganisationen nach außen zu vertreten und die Frauenprojekte und öffentlichen Stellen, z. B. Bundesministerien und das Bundeskriminalamt fachlich zu verknüpfen und den Austausch zu gewährleisten. Unser ehrenamtlich arbeitender Vorstand ist das Bindeglied zwischen den Mitgliedsorganisationen und der Geschäftsstelle.

## Die Einrichtung der KOK-Geschäftsstelle hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziell unterstützt. Woher kommt das Geld für die laufende Arbeit?

Einen Teil unserer Arbeit finanzieren wir über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Für unsere Geschäftsstelle kommt in erster Linie das BMFSFJ auf, doch dieser Zuschuss läuft zum 30.11.2006 aus. Derzeit verhandeln wir mit dem Ministerium über seine Fortsetzung. Dabei argumentieren wir auch mit unseren Erfolgen in den letzten Jahren und der Nachfrage nach unserem Fachwissen: So haben wir z. B. auf Bitte des BMI eine Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes abgegeben, mit dem aufenthalts- und asylrechtliche Richtlinien der EU in nationales Recht umgesetzt werden sollen. Und unser spezialisierter Expertenkreis wird z. B. zu Anhörungen im Deutschen Bundestag eingeladen.

Wir müssen die Bundesregierung vom nachhaltigen Nutzen der

*Die Frauengruppe (Bund) der GdP hat sich in den vergangenen Jahren sehr intensiv dem Thema Zwangsprostitution und Menschenhandel angenommen und dabei mit dem bundesweiten Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. (KOK) zusammengearbeitet. Die KOK-Initiative steht nun auf der Kippe – die Finanzen sind vakant. Über Aufgaben und Aussichten sprach Anja Weusthoff mit der Geschäftsführerin des KOK, Naile Tanis.*

einigen Koordinationsstelle gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess die



**Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.**

**Der KOK** – bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V. ist ein Zusammenschluss von 35 Frauenorganisationen aus dem Bundesgebiet, die sich gegen den weltweit praktizierten Frauenhandel und für die Verwirklichung der Rechte von Migrantinnen einsetzen. Darunter sind Fachberatungsstellen für Opfer von Frauenhandel (FBS), Migrantinnen-Projekte, Lobbyorganisationen und Prostituiertenberatungsstellen. Gemeinsame Ziele sind u.a. die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Opfer von Frauenhandel, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das komplexe Thema Frauenhandel, die Verbesserung der aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Situation von Migrantinnen, die Vernetzung der Mitgliedsorganisationen des KOK. Durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit bringt der KOK e.V. sich aktiv in den politischen und gesamtgesellschaftlichen Diskurs sowie in Gesetzgebungsprozesse ein.

es im europäischen Raum gibt, überzeugen.

## Welche Rolle spielen die Opfer für die Strafverfolgung in Deutschland?

Die Straftaten können in der Regel nur durch eine Aussage der Opferzeuginnen zur Anklage gebracht werden. Doch durch die Verbindung von Organisierter Kriminalität und Menschenhandel sind die aussagebereiten Opfer besonders gefährdet. Daher ist ein wirksamer Schutz der betroffenen Frauen in Verbindung mit einer professionellen Beratung Grundvoraussetzungen für ihre Stabilisierung. Wenn körperliche Unversehrtheit, Unterbringung, Lebensunterhalt und Aufenthaltsstatus gesichert werden, kann den Opfern ein Teil ihrer Angst genommen und das Strafverfahren eingeleitet werden. Um das aber zu erreichen, müssen die Mitarbeiterinnen der Fachberatungsstellen erst einmal ein Vertrauensverhältnis zu den Opfern aufbauen.

## Wie klappt die Zusammenarbeit mit der Polizei?

In den Bundesländern, in denen Kooperationsvereinbarungen zur Bekämpfung von Menschenhandel getroffen wurden, funktioniert unsrer Erfahrung nach die Zusammenarbeit größtenteils besser als in den anderen. Dies war auch das Ergebnis einer Klausurtagung, die der KOK zu Beginn dieses Jahres in Kooperation mit dem BMFSFJ, dem BKA und der GTZ veranstaltet hat. Daher empfiehlt der KOK solche schriftlichen Vereinbarungen, damit die Kooperation nicht allein von der Bereitschaft der ein-

zelnen Beteiligten abhängt, Kontinuität auch bei personellem Wechsel gesichert ist und die unterschiedlichen Zielsetzungen, Aufgaben und Rollen der Beteiligten klar voneinander abgegrenzt werden. Das schafft Akzeptanz auf allen Seiten. Eine Kooperationsvereinbarung schreibt außerdem klare, verbindliche und landesweit gültige Regelungen bezüglich des Schutzes und der Betreuung von Opferzeuginnen fest.

## Wodurch kann die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution nachhaltig verbessert werden?

Entscheidend ist die Aufklärung und Armutsbekämpfung in



**Naile Tanis, Geschäftsführerin des KOK**

den Herkunftsländern. Eine überaus langfristige Aufgabe. Daher ist es parallel wichtig, den Opfern in ihrer aktuellen Situation zu helfen. Dazu gehört, ihnen aus humanitären Gründen und unabhängig von ihrem Zeuginnenstatus einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus zu erteilen sowie Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten einzuräumen. Ferner brauchen wir eine ausreichende und bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung des Lebensunterhaltes der

Frauen, von Sprachkursen sowie von therapeutischen Hilfsangeboten. Durch ein bundesweites und flächendeckendes Schutz- und Betreuungsprogramm für Opferzeuginnen in Kooperation von Polizei und FBS könnten ausreichende Beratungs- und Unterbringungsmöglichkeiten gesichert werden. Für erforderlich halte ich auch, dass die Berufsgruppen, die mit Menschenhandel und seinen Opfern zu tun haben, durch spezielle Fortbildungen sensibilisiert werden: Polizei, FBS, Staatsanwaltschaften und Richter sowie Mitarbeiter der Ausländer- und Sozialbehörden.

**Wie können wir als Gewerkschaft der Polizei die Arbeit des KOK und der Fachberatungsstellen unterstützen?**

Hilfreich wäre, wenn sich die GdP mit dafür einsetzt, dass in allen Bundesländern Schwerpunkdezernate mit angemessener personeller Ausstattung eingerichtet werden und die Thematik Menschenhandel besondere Berücksichtigung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung findet. Viel wäre auch gewonnen, wenn sich die GdP langfristig der Thematik annimmt und dadurch die Öffentlichkeit ebenso sensibilisiert wie die eigenen Kolleginnen und Kollegen. Dafür bieten wir gern unsere Zusammenarbeit an.

**Weitere Infos unter [www.gdp.de](http://www.gdp.de) (Frauengruppe) und unter: [www.kok-potsdam.de](http://www.kok-potsdam.de)**

**Spendenkonto des KOK e.V.:  
Evangelische Darlehensgenossenschaft eG**

**BLZ: 210 602 37, Kto.-Nr.: 79 12 96**

## AUSSCHREIBUNG



## Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik lobt Preis aus

Die Deutsche Gesellschaft für Kriminalistik e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, die Kriminalistik als Wissenschaft und praktisches Instrument der Kriminalitätskontrolle zu pflegen und zu fördern. Aus diesem Grunde wird – wie bereits im Vorjahr – für das Jahr 2006 ein Preis ausgelobt, der auf der Jahrestagung im Jahr 2007 vergeben wird.

Mit dem Preis sollen herausragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der Kriminalistik gewürdigt werden. Es können alle im Jahr 2006 bis zum Ablauf der Einsendefrist veröffentlichten oder noch nicht veröffentlichten Arbeiten eingereicht werden, die sich mit der Kriminalistik oder einem ihrer Teilgebiete befassen und die einen Fortschritt für die Kriminalistik erkennen lassen. Teilnahmeberechtigt ist jedermann – mit Ausnahme der Mitglieder des Vorstandes der DGfK.

Der Preis der DGfK ist dotiert mit 1.000 Euro.

Über die Preisvergabe entscheidet eine Gutachterkommission, die durch den Vorstand der DGfK eingesetzt wird.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2006. Einsendungen sind zu richten an:

Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik  
Anika Schütz, Joseph-Herzfeld-Str. 9, 18059 Rostock

Nähere Informationen:

[www.kriminalistik.info](http://www.kriminalistik.info)

Der Preis der Deutschen Gesellschaft für Kriminalistik für das Jahr 2005 wird anlässlich der Jahrestagung der DGfK am 26.10.2006 an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg verliehen. Die Tagung steht unter dem Thema: „Kriminalität gemeinsam bekämpfen im wachsenden Europa“. Nähere Informationen können Sie der Homepage der DGfK unter [www.kriminalistik.info/entnehmen](http://www.kriminalistik.info/entnehmen).

# Auf der Suche nach der Balance von Familie und Beruf

Von Thomas Gesterkamp

Arbeit und Privatleben nicht zum Spagat werden zu lassen – Experten haben dafür den Begriff „Work-Life-Balance“ geprägt – gilt als ein zentrales Zukunftsthema. Die Gewerkschaften wollen sich einmischen, wenn es um familienfreundliche Arbeitszeiten, um Betriebskindergärten oder um berufliche Begleitung in der Elternzeit geht. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sollen dabei an einem Strang ziehen – und die Belegschaft am besten schon im Vorfeld beteiligt werden.

Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetze räumen

**Studien bescheinigen Unternehmen und Institutionen ein Eigeninteresse, wenn Mitarbeiter berufliche und private Verpflichtungen in ein Gleichgewicht bringen können. Der öffentliche Dienst ist davon nicht ausgenommen. Doch hinter dem Gerede darüber, dass stets alle gewinnen, verbirgt sich oft heiße Luft. Die praktische Umsetzung einer „familienbewussten Personalpolitik“ lässt vielerorts auf sich warten.**

Interessenvertretern Möglichkeiten ein, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Vorbilder fanden sich in der Vergangenheit überwiegend in Großbetrieben der Privatwirtschaft. Ein vom DGB unterstütztes und von der BGAG-Stiftung Walter Hesselbach gefördertes Projekt will das Ziel auch in kleinen und mittelständischen

Betrieben verankern. „Der Wille ist da, berufstätige Eltern zu unterstützen“, glaubt Maria Kathmann von der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik im DGB-Bundesvorstand. „Doch es fehlen häufig die notwendigen Ressourcen.“

In einem Dutzend Firmen machen Projektmitarbeiterinnen seit 2003 „Beratungsangebote für eine gute Praxis“. Die dabei gefundenen Verbesserungen sind meist eher unspektakulär. „Es muss nicht gleich ein eigener Betriebskindergarten sein“, betont Gewerkschafterin Kathmann. „Um etwa Arbeitszeiten an die Taktzeiten öffentlicher Verkehrsmittel oder Öffnungszeiten von Kinderbetreuungsstätten anzu-

passen, braucht es oft nur ein wenig Fantasie.“

## Erfolgsfaktor Familie?

„Je mehr ich anerkenne, welche Familienprobleme Leute haben, und je mehr ich das berücksichtige, desto motivierter und leistungsfähiger sind meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen“, glaubt Gisela Erler. Das gelte für private Unternehmen genauso wie für den öffentlichen Dienst. Die Berliner Unternehmensberaterin hat ein bundesweit tätiges Kinderbetreuungs-Netzwerk entwickelt: Ihr „Familienservice“ vermittelt Tagesmütter, aber auch Plätze in Kindergärten und Horten an Firmen und Institutionen. Sie kooperiert auch mit dem von der Hertie-Stiftung finanzierten „audit berufundfamilie“: Seit Ende der neunziger Jahre können sich dort Betriebe zertifizieren lassen, wenn sie zu einer gelungeneren „Work-Life-Balance“ ihrer Beschäftigten beitragen.

Im Bundesfamilienministerium ist man überzeugt, dass sich Familienfreundlichkeit rechnet. Der hauseigene Wettbewerb, der engagierte Arbeitgeber auszeichnet, wurde 2005 erstmals unter dem Motto „Erfolgsfaktor Familie“ ausgeschrieben. Wenn Betriebe durch Kinderbetreuung, Elternförderung oder Beratung dafür sorgen, dass Arbeit und Privates besser harmonieren, steigert das die Rendite: Mehrere von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studien des Forschungsinstitutes Prognos

unterstützten in jüngster Zeit diese These.

Doch die prämierten Firmen zeichnen manchmal ein geschöntes Bild. Selbst im öffentlichen Dienst, wo der wirtschaftliche Druck nicht ganz so groß ist, haben dienstliche Interessen meist Vorrang vor privaten Bedürfnissen. Die angeblichen Win-Win-Situationen bleiben häufig Verlautbarung und schöner Schein. In ökonomisch angespannten Zeiten verschärfen sich die Konflikte zwischen zwei Lebensbereichen mit sehr unterschiedlichen Wertsystemen.

Die amerikanische Soziologin



**Die Kindertagesstätte des DRK (Deutsches Rotes Kreuz) „Matroschka“ in Frankfurt (Oder) belegte 2005 einen von vier ersten Plätzen bei einem bundesweiten Vergleich von über 1.700 Kitas zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Besondere: Hier wird selbst gekocht und die Öffnungszeiten sind von 5.30 Uhr bis 19.00 Uhr.** Foto: dpa

## Job hält Mütter fit

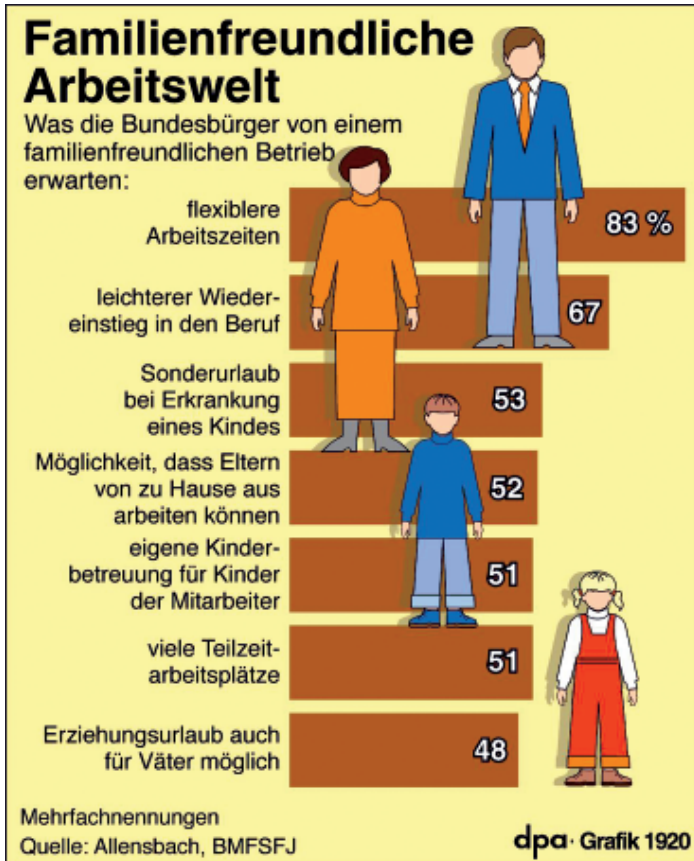
Berufstätige Frauen mit Nachwuchs sind meistens gesünder und schlanker als Hausfrauen und Kinderlose. Dies berichtet das Apothekenmagazin „Baby und Familie“ unter Berufung auf eine Langzeitstudie von Anne McMunn vom University College London. Die Forscherin konnte die Daten von 1.171 Frauen des Jahrgangs 1946 auswerten. Die Untersuchungsteilnehmerinnen hatten alle zehn Jahre Auskunft über Partnerschaft, Kinder und Beruf gegeben. Außerdem waren sie im Alter von 26 und 54 Jahren gesundheitlich untersucht worden.

Am schlechtesten fühlten sich Frauen, die sich ausschließlich um Haushalt und Familie kümmerten. 38 Prozent von ihnen waren Übergewichtig. Dagegen wogen nur 23 Prozent der berufstätigen Mütter zu viel. Frauen mit Job fühlten sich zudem besonders fit.

Arlie Hochschild beschreibt in ihrem Buch „Keine Zeit“ diese Zwickmühle. Ihr Untersuchungsgegenstand, ein prosperierendes Großunternehmen im Mittleren

### Aus dem Lot

Die Studie Hochschilds ist das erschreckende Dokument einer



Westen der USA, will dem eigenen Anspruch nach seiner Belegschaft ermöglichen, persönliche und berufliche Interessen unter einen Hut zu bekommen. Der Konzern wirbt für flexible Arbeitszeiten, für Job-Sharing oder Teilzeit.

Als Hochschild aber konkret nachforschte, stellte sich heraus, dass fast niemand diese Angebote nutzte. Der Grund für das „potemkinsche Dorf“, wie es die Autorin nennt: Die Beschäftigten stehen unter starkem Druck, ein dringendes Projekt jagt das andere, Eltern nehmen negative Folgen für die Familie billigend in Kauf. Wer sich mit Hinweis auf private Verpflichtungen der geforderten Verfügbarkeit widersetzt, riskiert, zum Außenseiter werden; im schlimmeren Fall droht die Kündigung.

misslungenen Balance: Kinder oder pflegebedürftige Angehörige sind nur noch lästige Verschiebemasse eines von Erwerbsarbeit dominierten Lebens. Ein übertriebenes Szenario, nicht auf deutsche Verhältnisse übertragbar?

Auch hierzulande stimmt die Welt der Broschüren und der wolkigen Beraterrhetorik mit der Situation in den meisten Betrieben nicht überein. Für viele Eltern sind Beruf und Familie aus dem Lot geraten. Voller Arbeitseinsatz scheint nur möglich, wenn Haushalts- und Erziehungsaufgaben vernachlässigt oder von anderen (Ehefrauen oder Bediensteten) erledigt werden. Im öffentlichen Dienst gibt es zwar relativ flexible Angebote, zum Beispiel auf Teilzeit zu gehen. Doch häufig sind es gerade die „Dinosaurier-Dads“ (älte-

re Vorgesetzte mit traditionellem Lebensentwurf) die familienfreundliche Modelle blockieren.

Solange nur Frauen auf niedrigen Hierarchiestufen Zugeständnisse gemacht werden, bleibt ein tief greifender Wandel aus. Die „Familienfreundlichkeit“ beschränkt sich weitgehend auf „Mütterfreundlichkeit“ – während sich Männer und kinderlose Frauen nach wie vor voll-

ständig verpflichten sollen. An einem „kulturellen System“ (Hochschild), das der Erwerbsarbeit stets Priorität einräumt, ändert sich wenig. Hinter vorgehaltener Hand, manchmal auch ganz offen, kursiert in den Führungsetagen das böse Wort vom „Sozialklimbim“. Die Organisatoren des Familien-Audits widersprechen, es handele sich keineswegs um ein „Schönwetterthema“. Beraterin Gisela

Erler interpretiert das Zertifizierungsverfahren als ein langfristig angelegtes Instrument der Organisationsentwicklung: „Man braucht in den Leitungspositionen Leute, die das für wichtig halten.“

Die Managementliteratur diskutiert seit einiger Zeit, dass Mitarbeiter Spielräume für die Familie brauchen, dass private Interessen der beruflichen Leis-

tung nicht schaden, sondern diese sogar verbessern können. Aber nur wenigen Arbeitgebern ist klar, dass sie einen regelrechten Kulturwandel organisieren müssen. Denn Loyalität zu Unternehmen oder Institutionen speist sich heute auch daraus, ob Firmen Strukturen schaffen, die jenseits von Sonntagsreden eine Balance von Beruf und Privatleben ermöglichen.

# Man kommt nicht auf das Einfachste

Gespräch mit Dr. Alexandra Wagner vom „Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt“ (FIA) in Berlin

**Frau Wagner, Sie haben in Fallstudien die „Familienfreundlichkeit“ untersucht. Was ist für Sie das wichtigste Ergebnis?**

Das Thema ist inzwischen „angekommen“, Personalabteilungen und Betriebsräte setzen sich damit auseinander. Dazu hat auch die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über Familienpolitik und niedrige Geburtenraten beigetragen. Wir stehen aber erst am Anfang. Mitunter ist der gute Wille da, aber es fehlt an Sachkenntnis und Ideen. Man sucht nach dem „Besonderen“ und kommt nicht auf das Einfachste – zum Beispiel Arbeitszeiten familienfreundlich zu gestalten.

**Sie haben drei Typen von Arbeitgebern in der Studie vorgefunden. Wodurch unterscheiden sich diese?**

Die Arbeitgeber verfolgen verschiedene Leitbilder. Manche gehen immer noch davon aus, dass Familie Privatangelegenheit ist. Nur wenn es sich rechnet, führen sie familienfreundliche Regelungen ein. Man plant dann ein paar öffentlichkeitswirksame Einzelmaßnahmen, während die alltäglichen Arbeitsbedingungen Vereinbarkeit eher erschweren. Andere kümmern sich fürsorg-

lich um Frauen, die als Mütter durch Doppelbelastung „gehandikapt“ sind. Die dürfen dann zum Beispiel Teilzeit arbeiten, aber sie gelten häufig nicht als vollwertige Mitarbeiterinnen. Man erlaubt die Abweichung von der Norm, aber die Norm selbst – die vorrangige Orientierung an betrieblichen Erfordernissen – bleibt bestehen. Schließlich gibt es einige wenige, die wirklich auf die Gleichstellung der Geschlechter zielen, die die bisherigen Traditionen und männlich dominierten Leistungsnormen in Frage stellen.

**Was halten sie von der Prognos-Untersuchung zu den betriebswirtschaftlichen Effekten familienfreundlicher Maßnahmen? Angeblich 25 Prozent Rendite, da müsste es doch massenhaft solche Bemühungen geben ...**

Ich glaube, dass sich Familienfreundlichkeit tatsächlich „rentiert“. Die Betriebe haben einen Gewinn durch bessere Motivation, höhere Leistungsbereitschaft und geringere Ausfallzeiten. Aber nicht in jedem Fall gibt es diese „Rendite“. Häufig kann der Arbeitgeber durchaus besser fahren, wenn er die Vereinbarkeitskosten auf die Mitarbeiter überwälzt. Ideen etwa zur Kinderbetreuung scheitern häufig an den damit verbundenen Kosten. Wenn die Situation es erfordert, werden Zuschüsse gestrichen oder familienfreund-

liche Zeitregelungen zurückgenommen. Warum sollte man eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen überhaupt von den Renditeaussichten abhängig machen? Die Prognos-Studie klingt

mit nicht erwerbstätiger Ehefrau zu setzen oder auch darauf, dass die Beschäftigten das schon irgendwie privat hinkriegen. Faktisch ist es ja meist auch so.

**Welche Rolle spielt die Arbeitszeit in der Diskussion um die Familienfreundlichkeit?**

Das ist eigentlich das zentrale Thema für die Vereinbarkeit, wird aber in vielen Diskussionen stiefmütterlich behandelt. Arbeitszeiten sind eine Kernfrage des Managements. Hier drehen die Betriebe derzeit an der Kostensenkungsschraube, indem sie Arbeitszeiten verlängern, Zuschläge reduzieren und mehr Flexibilität einfordern. Das ist das Gegenteil von Familienfreundlichkeit.

**Was müsste sich gesellschaftlich und politisch ändern, um ein familienbewussteres Klima in den Unternehmen zu erreichen?**

Wir müssten weg von dieser oberflächlichen Diskussion, dass letztlich alle für die Förderung von Familie sind. So harmonisch ist die Welt nicht. Wenn man etwas verändern will, sollte man zunächst Ursachenanalyse betreiben, damit man eine wirksame „Therapie“ entwickeln kann. Politisch wird immer noch das Leitbild des männlichen Familienernährers gestützt. Stichwortartig möchte ich nur Ehegattensplitting, Sozialversicherung mit abgeleiteten Ansprüchen für nicht erwerbstätige Ehefrauen



Dr. Alexandra Wagner,  
Geschäftsführerin von  
FIA Forschungsteam  
Internationaler  
Arbeitsmarkt GmbH

zunächst gut, weil sie Personalverantwortliche motivieren kann, etwas zu unternehmen. Wenn diese aber nachweisen, dass es nur Kosten verursacht, familienfreundlich zu sein? Soll man dann von dieser Forderung abrücken?

**Warum kommt die Umsetzung der familienbewussten Personalpolitik so schleppend voran?**

Es ist einfacher, auf den rundum verfügbaren Familienvater

und Subventionierung der Mini-jobs nennen. Viele Frauen entscheiden sich für Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung, weil der Mann gut verdient und beim Übergang in Vollzeit sehr viel höhere Abgaben anfallen würden. Wer sich hingegen Teilzeit nicht leisten kann, hat ein Riesenproblem, weil die Öffnungszeiten der Kinderbetreuung sich nicht mit Vollzeitarbeit in Einklang bringen lassen. Wir brauchen eine Leitbilddiskussion, und da werden unterschiedliche Meinungen aufeinander treffen. Die Abschaffung des Splittings oder eine individuelle soziale Sicherung führen in manchen Konstellationen zu einer Reduzierung des Einkommens. Manche Frauen können nur erwerbstätig sein, weil sie Sorgearbeit an niedrig bezahlte Minijobberinnen weitergeben können.

### **Was raten Sie gewerkschaftlichen Interessenvertretern?**

Sie sollten sich im Betrieb Bündnispartner suchen, aber sich das Thema nicht aus der Hand nehmen lassen. Familienfreundlichkeit ist nur ein anderer Ausdruck für beschäftigtenfreundliche Arbeitsbedingungen – und dieses Thema gehört in die Hände der Betriebs- und Personalräte.

*Das Gespräch führte Thomas Gesterkamp*

#### **Kontakte**

FIA - Forschungsteam  
Internationaler Arbeitsmarkt.  
Telefon: 030-206477-26  
E-Mail: wagner@fia-institut.de

DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Gleichstellungs- und  
Frauenpolitik.  
Telefon: 030-24060-246  
Fax: 030-24060-761  
E-Mail:  
maria.kathmann@bvv.dgb.de

#### **Literaturhinweise**

- Thomas Gesterkamp:** wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen 2002  
Gutesleben.de. Die neue Balance von Arbeit und Liebe, Stuttgart 2002
- Harald Rost:** Work-Life-Balance. Neue Aufgaben für eine zukunftsorientierte Personalpolitik, Opladen 2004
- Arlie Hochschild:** Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause

**Die Ortschaftspolizeibehörde Bremerhaven erhielt bereits im September 2005 für ihr Engagement hinsichtlich familienfreundlicher Arbeitsbedingungen das Grundzertifikat des Projekts „audit berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung. Nun berichtet die Behörde drei Jahre lang über ihre Fortschritte auf diesem Gebiet, um danach „endgültig“ als familienfreundliche Behörde zertifiziert zu werden. Über den Werdegang des Projekts, über Stolpersteine, Engagement und Bewertungen wird DP in der nächsten Ausgabe berichten.**





# Das Erscheinungsbild uniformierter Polizeibeamter

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich im Urteil vom 2.3.2006 – 2 C 3/05 – mit der Frage befasst, ob die oberste Behörde festlegen kann, welche Amtsinhaber im Dienst oder bei bestimmten dienstlichen Anlässen, Dienstkleidung zu tragen haben und wie diese im Einzelfall zusammengesetzt und beschaffen ist. Auch kommt es darauf an, ob sie den Dienstkleidungsträgern Vorgaben für die äußere Erschei-

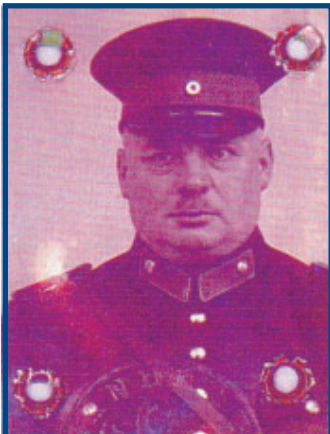
nehmen Beamten die Möglichkeit, eigenverantwortlich darüber zu bestimmen, wie sie als Privatpersonen wahrgenommen werden wollen. Der Zwang zu einem unerwünschten, vielleicht sogar inhaltlich abgelehnten Aussehen kann das psychische und soziale Wohlbefinden beeinträchtigen. Zudem springt die Haar- und Barttracht anderen sofort ins Auge; sie kann deren Eindruck prägen und ihr Verhalten bestimmen. Die Einführung einer „Hemdkrallengrenze“ für die Haarlänge ist aber nicht durch dienstliche Erfordernisse gerechtfertigt.

Andererseits ist die Verpflichtung von Polizeivollzugsbeamten, im Dienst die vorgeschriebene Uniform zu tragen, vor allem durch das Erfordernis gerechtfertigt, die Legitimation der Beamten für polizeiliche Maßnahmen äußerlich kundzutun. Die Uniform ist sichtbares Zeichen für die Ausstattung ihrer Träger mit hoheitlichen Befugnissen. Dieser Zweck der Uniformpflicht wird aber regelmäßig bereits durch das Tragen der Uniform erreicht. So ist die Vorgabe einer „Hemdkrallengrenze“ für die Haarlänge für sich genommen weder geeignet noch erforderlich, um die Legitimationsfunktion der Uniform – zusätzlich – zu gewährleisten.

Weiterhin soll die Uniform die Neutralität ihrer Träger zum Ausdruck bringen. Sie soll sichtbares Zeichen dafür sein, dass die Individualität der Polizeivollzugsbeamten im Dienst hinter die Anforderungen des Amtes zurücktritt. Polizeiliche Maßnahmen sollen losgelöst von der Person der handelnden Beamten als Maßnahmen des Staates empfunden werden. Dieser durch die Uniform vermittelte Anschein der Neutralität kann durch ein Erscheinungsbild uniformierter Polizeibeamter beeinträchtigt werden, das die Individualität übermäßig hervorhebt und daher

aus dem Rahmen des Üblichen fällt. Solche Erscheinungsformen, die geeignet sind, die Neutralitätsfunktion der Uniform in Frage zu stellen, kann der Dienstherr durch generelle und einheitliche Vorgaben untersagen. Bei der danach gebotenen Ermittlung des Rahmens des Üblichen hat sich der Dienstherr an den Anschauungen zu orientieren, die in der heutigen Gesellschaft herrschen; er darf sich einem Wandel dieser Anschauungen nicht verschließen. Daher kann er ein gesellschaftlich weitgehend akzeptiertes Aussehen nicht schon deshalb untersagen, weil er es ungeachtet der verän-

kann die Haartracht nicht mehr bereits deshalb als nonkonformistisch, extravagant oder als übermäßige Hervorhebung der Individualität gelten, weil die Haarlänge die „Hemdkrallengrenze“ mehr als geringfügig überschreitet. Männer mit langen, über den Hemdkragen reichenden Haaren, sind heute in allen Bevölkerungskreisen zu finden, ohne dass sie mit Ablehnung zu rechnen haben. Es ist nicht mehr nachvollziehbar, lange Haare selbst dann als unkorrekt oder unseriös zu bewerten, wenn sie gepflegt sind und trotz ihrer Länge zurückhaltend und nicht überspannt anmuten, etwa wenn



**Akkurat bis in die Haarspitzen:**  
Aus einem offiziellen preußischen Polizeidienstausweis des Jahres 1926.

Quelle: Wolfgang Richter

nung im Dienst, etwa für die Gestaltung der Haar- und Barttracht, das Tragen von Schmuck und für Tätowierungen machen kann.

Nach der Auffassung des Gerichts ist eine Beschränkung des Erscheinungsbildes uniformierter Polizeibeamter mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar, wenn sie geeignet und erforderlich ist, um dienstliche Erfordernisse, nämlich die mit der Uniformpflicht verfolgten Zielsetzungen zu fördern, und die Grenzen der Zumutbarkeit für die Betroffenen wahrt.

Allerdings beeinflussen Regelungen für die Gestaltung der Haar- und Barttracht zwangsläufig die private Lebensführung. Sie



Das Bild hat sich gewandelt.

Foto: dpa

derten Verhältnisse weiterhin für unpassend, unästhetisch oder nicht schicklich hält.

Hinsichtlich der Haartracht von Männern ist aber ein Wandel der gesellschaftlichen Anschauungen zu verzeichnen. Die Gestaltung der Haare lässt nicht mehr wie früher Rückschlüsse auf die gesellschaftlichen Haltungen und Einstellungen zu, sondern ist häufig eine bloße Modeerscheinung. Jedenfalls

sie in bestimmter Weise zu einem Zopf zusammengebunden sind.

Auf ein gleichförmiges Erscheinungsbild uniformierter Beamter kann der Dienstherr nur einwirken, wenn diesen – wie etwa den Angehörigen eines Musikkorps oder eines Wachbataillons – unmittelbar repräsentative Aufgaben zugewiesen sind. Dies ist beim Polizeivollzugsdienst aber nicht der Fall.

Dr. Otto

## **„Familie und Beruf“ als Top-Thema**

**Auf große Zustimmung bei den Kolleginnen aus Bund und Ländern ist der Vorschlag des Geschäftsführenden Vorstandes der Frauengruppe (Bund) gestoßen, das Thema „Familie und Beruf“ als zentrales Thema neben den bisherigen Schwerpunkten („Häusliche Gewalt“ und „Menschenhandel“) aufzugreifen.**

rer Zusammenkunft mit zahlreichen weiteren aktuellen Themen, darunter mit einer Bewertung der Umsetzung des TVöD/TVL aus Frauensicht und des neuen Newsletter der Frauengruppe (Bund) – zu abonnieren unter [anja.weusthoff@gdp-online.de](mailto:anja.weusthoff@gdp-online.de) – und mit dem Arbeitspensum für die kommenden Jahre.

So will die Frauengruppe (Bund) auf ihrer nächsten Arbeitstagung u. a. die Vorbereitung eines Handbuchs für die GdP-Frauenarbeit vor Ort be-



**Gute Stimmung auf der Vorstandssitzung – gute Themen für die kommenden Jahre.** Foto: weu

Für Beschäftigte in der Polizei ist diese Problematik von besonderer Bedeutung, weil ihre Tätigkeit häufig mit außergewöhnlichen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden ist. Die Frauengruppe (Bund) will mit eindeutig formulierten Positionen die Perspektive der GdP in die aktuelle gesellschaftliche Debatte einbringen – so der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) auf seiner jüngsten Sitzung Anfang August in Potsdam.

Darüber hinaus befasste sich die Frauengruppe (Bund) auf ih-

handeln und über ein neues Logo für die Frauengruppe (Bund) diskutieren.

Für 2008 – das Jahr des 25-jährigen Jubiläums der Frauenarbeit in der GdP – planen die Kolleginnen aus Bund und Ländern eine große Fachtagung und einen Festakt.

Doch vorher wollen sie sich auf dem GdP-Bundeskongress im November noch für ihre Anträge einsetzen – um die (gewerkschafts)politische Arbeit der Frauen in der GdP wieder ein Stück voran zu bringen.

**Weu.**

# Neue Betrügereien

## „Vishing“ als neue Angriffsmethode

„Vishing“ ist eine Kombination aus den Begriffen „Voice over Internet Protocol“ (VoIP) und „Phishing“ und beschreibt eine neue Betrugsmasche von Datendieben. Dabei werden die geringen Kosten der Internettelefonie (VoIP) dazu genutzt, um automatisch Telefonnummern anzurufen. Hebt der Angerufene ab, wird ihm per Bandansage mitgeteilt, dass seine Kreditkarte missbraucht wurde. Unter der angegebenen Rückrufnummer meldet sich ein Sprachportal. Der angeblich Geschädigte wird zur Eingabe seiner Kreditkartennummer und anderer persönlicher Daten über die Tasten seines Telefons aufgefordert. Mit den ergaunerten Daten können die Betrüger dann auf Beutezug gehen. Das BSI warnt ausdrücklich davor, sensible Daten am Telefon preiszugeben.

## Erneute Phishing-Attacke auf eBay-Nutzer

Erneut sind Phishing-Mails im Umlauf, die sich gezielt an eBay-Nutzer richten. Der Empfänger der E-Mail wird gebeten, zur Bestätigung seiner Mail-Adresse auf einen Button zu klicken. Für den Fall, dass dieser nicht funktioniert sein sollte – was er natürlich

auch nicht tut – wird ein „Ersatzlink“ bereit gestellt. Dieser „Ersatzlink“ leitet den Empfänger dann auf eine gefälschte eBay-Seite, auf der er Benutzernamen und Passwort angeben soll.

## Raiffeisenbank-Kunden im Visier von Datenfischern

Derzeit verschicken Betrüger an Kunden der Volksbanken Raiffeisenbanken E-Mails mit dem Hinweis, dass zur Verbesserung des Kundenservices Software-Aktualisierungen vorgenommen werden. Dafür soll der Empfänger seine Kundendaten bestätigen. Klickt man auf den in der E-Mail angeführten Link, landet man auf einer gefälschten Seite mit einem Kontaktformular. Dort wird der Empfänger gebeten, gleich eine ganze Reihe vertraulicher Daten wie Name, E-Mail-Adresse, Kontonummer, Bankleitzahl, PIN und sogar gleich zehn unbenutzte TAN-Nummern einzugeben. Diese Daten landen umgehend bei den Cyberkriminellen.

fonbesitzer dazu animiert, eine 0900-Nummer anzurufen. Dort erfahre man, welche Preise man gewonnen habe. Wer dieser Aufforderung Folge leistet, landet allerdings bei einem Tonbanddienst, der den Anruf durch Warteschleifen und Datenabfragen in die Länge zieht. Und das wird teuer, denn die Minute kostet knapp zwei Euro. Bisher liegen keine Informationen darüber vor, ob auch wirklich Preise ausgezahlt wurden.



## Virtuelle Geiselnahme

„Geld her – oder Daten weg!“ – diese moderne Version einer Entführung ist durchaus keinem Science-Fiction-Roman entnommen. Computerkriminelle machen sich die Fortschritte in der Verschlüsselungstechnik zu Nutzen: Sie dringen auf fremde Computersysteme ein – zum Beispiel über präparierte E-Mail-Anhänge – und „kidnapen“ dort Dateien, indem sie diese durch komplizierte Codes unlesbar machen. Das vorrangige Ziel solcher Attacken sind zwar Unternehmen, aber auch Privatperson sollten einige Vorsichtsmaßnahmen berücksichtigen: Virenschutzsoftware und Firewall immer auf den aktuellen Stand bringen und Daten auf externen Speichermedien sichern. Nähere Informationen zur Datensicherung: [www.bsi-fuer-buerger.de/daten/index.htm](http://www.bsi-fuer-buerger.de/daten/index.htm)

## Teurer Rückruf

Betrüger haben eine neue Welle von Lockanrufen mit teuren 0137-Nummern gestartet: Das Handy klingelt nur einmal und es bleibt ein „Anruf in Abwesenheit“ auf dem Display zurück. Ruft man die angegebene Telefonnummer zurück, landet der Anrufer lediglich auf einem Band und das Gespräch wird mit 1,50 Euro berechnet.

Wichtig ist, dass Betroffene sich an die Bundesnetzagentur wenden, damit diese die Rufnummern sperren und rechtliche Schritte einleiten kann.

Wer einen solchen Anruf erhält, sollte eine E-Mail an [rufnummernspam@bnetza.de](mailto:rufnummernspam@bnetza.de) senden. Weitere Infos zum Thema: [www.bsi-fuer-buerger.de/abzocker/05\\_02.htm](http://www.bsi-fuer-buerger.de/abzocker/05_02.htm)

**Nach Informationen des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik)**

## „Gewinnspiel“ führt zu teuren Telefonaten

„Guten Tag und herzlichen Glückwunsch. Ihre Telefonnummer wurde in unserer Datenbank aus tausend Personen vor ausgewählt.“ Mit dieser Tonband-Ansage wurden kürzlich wieder zahlreiche deutsche Tele-

## Betrugsmasche bei Online-Autoverkäufen

Der ADAC berichtet über eine neue Masche von dubiosen Vermittlungsagenturen im Internet. Diese melden sich bei Privatleuten, die ihren Wagen im Internet zum Verkauf inseriert haben und bieten ihnen an, das Auto für sie zu verkaufen. Dabei versprechen sie hohe Verkaufspreise und behaupten, schon mehrere Interessenten für den Wagen zu haben. Der Anbieter müsse dafür nur einen „Vermittlungsauftrag“ im Internet ausfüllen. Was dabei oft übersehen wird – im Kleingedruckten sind diverse Dienstleistungen angegeben, die später von der Verkaufssumme abgezogen werden. Dadurch sinkt der so verlockend hohe Preis des Wagens dann erheblich.



Karikatur: Alff





## Angemerkt

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Würfel sind gefallen: Die Föderalismusreform wurde prinzipiell am 30.6.2006 und am 7.7.2006 vom Bundesrat verabschiedet. Dies führt zu den umfangreichsten Änderungen des Grundgesetzes seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.

Vom Bundesministerium des Innern wurde ein Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung des Beamtenrechts geschaffen, wobei

das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht ausgespart wurde. Diese Themen müssen von den Bundesländern bis zum 31.12.2011 neu geregelt werden.

Die Einführung dieser Föderalismusreform, die auch unsere Versorgung in die Hand der Länder legt, kann für die Versorgungsempfänger zu einem beachtlichen finanziellen Problem werden. Es steht zu befürchten, dass die Regierungen der ärmeren Bundesländer stärker in die Versorgung nach Haushaltslage nega-



tiv eingreifen werden. Aus vorgenannten Gründen muss bei den Diskussionsprozessen, welche die Versorgung betreffen, innerhalb der GdP die Seniorengruppe Bund wesentlich beteiligt werden. Wir müssen nachhaltig verhindern, dass die Altersversorgung unter die Räder der Sparpolitik kommt. Ein besonderes Augenmerk müssen wir dabei auf die Gefahr richten, dass die Bundesländer im Hin-

blick auf die Beamtenversorgung in einen „Verslechterungswettbewerb“ eintreten. Dass dabei die Kolleginnen und Kollegen aus den Nehmerländern auf der Strecke bleiben würden, liegt doch auf der Hand.

Wir Seniorinnen und Senioren müssen mit aller Kraft und aller Macht dafür eintreten, dass der hehre Auftrag unseres Grundgesetzes, in der Bundesrepublik Deutschland gleiche Lebensverhältnisse zu garantieren, auch im Ruhestand erfüllt wird.

**Artur Jung,  
Bundesseniorenvorsitzender**

## Die Kunst, das Leben neu zu planen

Was wir zurzeit in der Natur erleben, gibt mir das Stichwort zum Thema: „Der Herbst des Lebens“. Was nach Abschied aussieht, ist Präsentation von Reich-

– Gedanken von Heinz Blatt –

gut anvertraut und sein Keimen und Blühen im Frühjahr mit großer Freude gefeiert. Blütenfest

und gewollt. Selbst so genanntes „Wichtiges“ konnte sich nicht entfalten. Aber unser Lebensherbst lässt stolz sein auf das, was wir vorweisen können. Ohne Loyalität zum Dienstherrn, ohne gepflegte Kollegialität wären wir nicht das, was wir heute sind: Ehrenwerte Bürger, Mitinhaber einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft, die auf einem Grundgesetz basiert, das mit den Worten beginnt: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“ und den Amtseid mit einschließt: „So wahr mir Gott helfe“.

Richter aus ihrer Kompetenz heraus großzügiger gehandelt und entschieden haben. Das Wissen, Sinnvolles getan zu haben, bleibt eine Bereicherung. Wir sind dankbar, in Vorbildfunktion gestanden zu haben, die nicht immer zu bestimmten Zeitpunkten so gut wie überhaupt nicht anerkannt wurde. Trotzdem sind wir stolz auch im Rückblick sagen zu können: Es hat sich gelohnt, es war Dienst am Menschen.

„**Älter werden erfordert Mut, weil es gilt, sich gegen Vorurteile der auf Jugend versessenen Gesellschaft zu behaupten.**“

### Wir haben sinnvoll gearbeitet

Eine ehrenwerte Grundlage, um im Rückblick sagen zu können: Der Dienst als Polizeibeamter war ein sinnvoller Dienst, selbst wenn sich nicht immer alle persönlichen Erwartungen so eingestellt haben, wie sie mitunter zugesagt worden waren. Wir konnten einen Dienst leisten in einem demokratischen Rechtsstaat, im Rückblick auf die Vergangenheit in unserem Volke eine große Entlastung. Wir konnten dem Recht zur Geltung verhelfen, auch wenn wir bisweilen zusehen mussten, wie Anwälte und

nennt es die Öffentlichkeit. Diese anfängliche Freude wird von Unwetter, die niemand anhalten und auch nicht ausschalten kann, buchstäblich eingetrübt und führt dann oft zu pessimistischen Prognosen.

Der Herbst spricht eine andere Sprache. Er gleicht die Verluste durch Ernte und Fülle aus. Eine Ähnlichkeit mit unserem Leben. Im Rückblick eingestehen: Nicht alles ist so geglückt wie geplant



Das Leben in Gemeinschaft genießen – GdP-Senioren auf Tour: Bei der Ankunft in Prieros ...

tum und Fülle. Die Natur zieht alle Register und zeigt sich in ihrer ganzen Vielfalt. Nicht Langeweile ist angesagt, sondern Überraschung. Deswegen auch Erntedankfest, in dem immer Hoffnung auf Zukünftiges begründet ist. Mögen die anfänglichen Prognosen manchmal etwas pessimistisch geklungen haben, das Leben mit seinen Früchten spricht eine andere Sprache. Zugegeben, es wird immer mit großem Optimismus der Erde Saat-

bessern und eine Freiheit zu genießen, die früheren Generationen nicht gegeben war. Dass das „Alter“ heute zu einer „späten Freiheit“ werden kann, gelingt aber

„**Mein eigentliches persönliches Leben ist nicht, was ich vorfinde, sondern was ich aus dem Vorgefundenen mache.**“

nur, wenn jeder Einzelne bereit ist, sich der Herausforderung zu stellen, sein Leben in die Hand zu nehmen und neue Sinn gebende Aktivitäten zu entwickeln. In der richtigen Weise alt werden kann lediglich derjenige, der Altwerden innerlich annimmt und nicht erleidet. Älter werden erfordert Mut, weil es gilt, sich gegen Vorurteile der auf Jugend versessenen Gesellschaft zu behaupten. Anstatt der Jugend nachzutruern und sich über vermeintliche und tatsächliche Handicaps zu grämen, ist es sinnvoller, sich aktiv der Lebenswahrheit zu stellen. Denn mit dem Altwerden ist es wie mit dem Leben: Es gelingt nicht jedem und es gelingt nicht ohne weiteres. Mein



... und bei einem Ausflug in den Park von Potsdam-Sanssouci (ohne Sorge) ... Fotos: Beilmann

eigentliches persönliches Leben ist nicht, was ich vorfinde, sondern was ich aus dem Vorgefundenen mache. So ist das Alter zwar ein sachlicher, sozusagen biologisch beschreibbarer Vorgang. Aber darin, wie einer es verabscheut oder akzeptiert, verdrängt oder verarbeitet, kann es zu dem werden, was er als „Ernte seines Le-

bens“ einbringt. Der Alternsprozess darf aber nicht losgelöst von der individuellen Biographie des Einzelnen betrachtet werden. Aus diesem Grunde sollte gerade die „Vorbereitung auf die dritte Lebensphase“ – wie die GdP sie in Seminaren anbietet – mit einem Rückblick in die eigene Vergangenheit beginnen. Denn die gemachten Erfahrungen bilden bzw. das gelebte Leben stellt den Hintergrund dar, auf dem neue Erfahrungen interpretiert und neue Ziele geplant werden. Wer sich schon immer gering einschätzte, tut sich persönlich keinen Gefallen, er beraubt sich wichtiger Eigenschaften, die zu einer befriedigenden Gestaltung des Lebens(-abends) gehören:

Selbstvertrauen – Ich bin wer!  
Mut zum Neuen – Etwas unternehmen!

Kontaktbereitschaft – Lass aus dem „Ich“ ein „Du“ und aus dem „Du“ ein „Wir“ werden.

„**Sich isolieren bleibt der Feind der Lebensfreude**“

Ebenso ist das Eingebundensein in soziale Bezüge eine wesentliche Voraussetzung für einen positiven Alternsprozess. Denn das Eingebundensein des Menschen in seine Familie, seine Nachbarschaft, seinen Freundeskreis, in die GdP-Seniorengruppe bestimmt in hohem Maße seine Zufriedenheit, bestimmt auch das, was er sich selbst zutraut, bestimmt die Art und Weise, wie er

mit veränderten Lebenssituationen umgeht. Das heißt: Der Einzelne sollte sich nicht isolieren, er sollte sich die Fähigkeit erhalten, Kontakte zu schließen, sich anderen gegenüber zu öffnen, sich diesen Menschen mitzuteilen, seine Erwartungen und Wünsche auszudrücken, aber auch die Botschaften anderer verstehen, deren Er-

wartungen und Bedürfnisse berücksichtigen. Das Zusammenleben mit anderen, die Bestätigung und Korrektur durch andere, die ja während des Berufslebens gang und gebe ist, ist wichtig auch im Hinblick darauf, was man sich zutraut. So stiften Sozialkontakte nicht nur das Gefühl der „Integration“, das Gefühl „dazu zu gehören“, sondern sie können auch Sicherheit in der Ausübung wichtiger Rollen und Funktionen vermitteln. Ein Mangel an Verstärkung durch andere kann dazu führen, dass man sich aufgrund zuneh-

mender Unsicherheit die Ausübung von Funktionen, die einem früher selbstverständlich waren, nicht mehr zutraut. Man sollte mit allen Mitteln einer Isolierung entgegenwirken. Denn: Sich isolieren bleibt der Feind der Lebensfreude. Von daher sollten wir Kontakte pflegen. Ob wir nun persönliche, familiäre oder berufliche Feste feiern oder ob wir an GdP-Seniorenveranstaltungen teilnehmen, sie gegebenenfalls mitgestalten, möchte ich als „Kultur im zwischenmenschlichen Umfeld“ oder als „Kunst zum Leben“ bezeichnen.

## Anrechnung des Hinzuverdienstes auf das Ruhegehalt

Wer in den Ruhestand tritt und noch nicht 65 Jahre alt ist, darf nicht unbegrenzt hinzuverdienen, ohne dass das Ruhegehalt gekürzt wird. Eine Situation, die besonders für Polizeibeamte interessant ist, weil die vorgezogene Altersgrenze zum Ausscheiden aus dem Dienst grundsätzlich auf das 60. Lebensjahr festgelegt ist. Wer also in Pension geht und noch eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, muß die Bestimmungen des § 53 Beamtenversorgungsgesetz beachten, wo das so genannte Verwendungseinkommen geregelt ist.

Dabei ist eine Höchstgrenze maßgebend. Diese beträgt für Ruhestandsbeamte und Witwen die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe A4, zuzüglich jeweils ggf. des Unterschiedsbetrages des Familienzuschlags und der Sonderzahlung.

Für Ruhestandsbeamte, die wegen Dienstunfähigkeit, die nicht auf einen Dienstunfall beruht, beträgt die Höchstgrenze 75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, bzw. unter Berücksichtigung des Anpassungsfaktor bis auf die Abschmelzung auf 71,75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge

aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet oder die oben erwähnte Mindestversorgung zuzüglich 325 Euro.

In allen Fällen sind mindestens 20 v. H. des jeweiligen Versorgungsbezuges von der Kürzung ausgenommen.

Nachdem diese gesetzliche Regelung durch das Versorgungsreformgesetz ab 1. Januar 1999 in Kraft getreten war, gab es für seinerzeit vorhandene Versorgungsempfänger eine Übergangsregelung, die am 31.12. 2005 ausgelaufen ist, so dass jetzt alle Hinzuverdienste den Bestimmungen des § 53 Beamtenversorgungsgesetz unterliegen.

Zu beachten ist auch § 62 BeamtVG der die Anzeigepflicht regelt. Danach ist der Versorgungsberechtigte u. a. verpflichtet, Erwerbseinkommen der Regelungsbehörde, die die Versorgungsbezüge zahlt, mitzuteilen.

Mit der Begrenzung der Hinzuverdienstmöglichkeit bis zur allgemeinen Altersgrenze von 65 Jahren will der Gesetzgeber, wie auch im Rentenrecht, eine geringere wirtschaftliche Attraktivität erreichen und Frühpensionierungen verhindern.

Olaf Bong



**Zu: Reform-Murks,  
DP 8/06**

Zu Recht wird der „Reformkurs“ der Regierung im DP-Kommentar als Murks bezeichnet.

Während Deutschland im „WM-Taumel“ jubelte, wurde die Föderalismusreform beschlossen und damit eine neue „Dolchstoßlegende“ gegenüber dem öffentlichen Dienst „geboren“. Im zukünftigen Deutschland der Kleinstaaten – das hatten wir doch schon mal! – sind an die Stelle der ehemals gekrönten Häupter die heutigen Ministerpräsidenten getreten, ausgestattet mit einer m. E. unvorstellbaren Machtfülle, unter der in erster Linie der öffentliche Dienst leiden wird.

Das Beamtentum in Bund und Ländern hat mit der Föderalismusreform eine entscheidende Niederlage erlitten. Die „Landesfürsten“ werden Anzahl der Stellen, Besoldung, Versorgung, Aufstiegsmöglichkeiten und Versorgung im Krankheitsfalle nach der jeweiligen Kassenlage bestimmen, und zwar mit den dann zuständigen Landesbezirken u. a. der GdP.

Konrad Freiberg hat das zukünftige Chaos genau erkannt und treffsicher analysiert! Gleichzeitig räumt er jedoch ein, dass die gewerkschaftlichen Einwände zur Reform in den Wind geschlagen wurden und stellt weiterhin fest, dass die gewerkschaftlichen Beteiligungsrechte nicht ausreichen. Welch ein Armutzeugnis!

Es reicht nicht aus – und das hätten gut informierte Gewerkschaftsfunktionäre erkennen müssen –, dass bunt uniformierte Polizeibedienstete mit grünen Leibchen, Fähnchen, Mützchen und Trillerpfeifen ausgerüstet wurden und werden, um zu demonstrieren. Es hat nichts geholfen!

M. E. sind wesentlich diffizilere Methoden denkbar, um Argumente durchzusetzen (der Marburger Bund lässt grüßen!)

Vorauszusehen ist, dass es in Zukunft eine sehr unterschiedliche Vielfalt von Ländervorschritten für den öffentlichen Dienst geben wird. Damit wird es zu erheblichen Schlechterstellungen kommen.

Eines steht aber seit Bismarck

fest: „Mit schlechten Beamten ist kein guter Staat zu machen!“ Und viel später hat Gorbatschow gesagt: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ Die GdP, und mit ihr andere Gewerkschaften, sind zu spät gekommen! Gewerkschafts-Murks!

*Günter Hammermann,  
per E-Mail*

**Zu: Geschafft, DP 8/06**

Ich war für 5 Wochen mit dem Dienstkrad für die WM zum PP Dortmund abgeordnet. Bei dieser Behörde fühlte ich mich sehr wohl. Das Einsatzkonzept war sehr gut durchdacht. Rundum war wirklich alles positiv. Auch die Verpflegung war Top. Solch einen guten und schönen Polizeieinsatz habe ich in meinen 40 Dienstjahren noch nicht erlebt. Hätte ich Versetzungsgedanken wäre nach diesem Erlebnis der PP Dortmund meine „Traumbehörde“.

Ich fand auch die Betreuung der GdP-Kreisgruppe während des Einsatzes sehr gut. Es herrsch-

te auf Grund derer Arbeit (sie waren ja auch vom Personalrat) eine sehr entspannte und gute Verhältnis zwischen der Mannschaft, den Vorgesetzten und den Betreuern der GdP. Dies fühlte man rund um die Uhr. Aus diesen Gründen waren wir als Einsatzkräfte für den PP Dortmund auch sehr motiviert.

*Rolf Feger, per E-Mail*

**Zu: Buchbesprechung  
„Machtwahn“, DP 7/06**

Ich habe mich gefreut, dass in der DP auch politisch kritische Bücher vorgestellt werden. Hoffentlich wird das Buch in dienstlichen Bibliotheken geführt, da zu meiner Ausbildungszeit im Staatsbürgerkundeunterricht eine heile Welt gepredigt wurde. Es gehört einmal untersucht, welchen Anteil an der Jugendkriminalität schwarze Schafe in Politik und Wirtschaft durch schlechte Vorbildfunktion zu verantworten haben. Wie sollen ju-

gendliche Ladendiebe ein Unrechtsbewusstsein entwickeln, wenn am nebenstehenden Zeitungsstand mal wieder von Korruptionsfällen, Lügen, dicken Abfindungen und „Steuerverweigerern“ zu lesen ist?!

An dieser Stelle ist für uns Beamte einmal Selbstmitleid angebracht. Wir müssen im Prinzip jeden Befehl eines Politikers mit treu-doofem Kadavergehorsam befolgen, Beamtenrecht hin oder her. Seien wir einmal ehrlich, eine gegensätzliche Meinung ist auch heute unerwünscht, Kritik soll eine bejahende Ergänzung der Ansicht des Vorgesetzten sein. Ein kleiner Trost mag in der Definition Staat liegen. Er besteht nicht nur aus den „oberen Zehntausend“, sondern ein bisschen auch aus Staatsgewalt, Staatsgebiet und Staatsvolk. Eine starke Gewerkschaft, die unsere Interessen gegenüber der Politik vertritt, ist heute wichtiger denn je.

*Dieter Frank, Neustetten*



**Arbeits- und Sozialordnung**

Die Arbeits- und Sozialordnung ist unerlässlich für alle, die über das gesamte Arbeits- und Sozialrecht auf aktuellem Stand informiert sein müssen. Die Ausgabe ist aber mehr als eine gewöhnliche Textsammlung: Ihr besonderer Nutzen liegt in den Erläuterungen, die der Autor zusätzlich zu den Gesetzestexten gibt. Auf dem neuesten Stand enthält das Buch über 80 für die Unternehmenspraxis relevante Gesetzestexte im Wortlaut oder in wichtigen Teilen. Umfassende, aktualisierte Einleitungen zu Geschichte, Gesetzesinhalt und Rechtspraxis sowie weiterführende Literaturhinweise vervollständigen diese jährlich neu aufgelegte Textausgabe. Die 31. Auflage enthält u. a.:

- Neufassung des Berufsbildungsgesetzes

- Vereinfachungen im Verwaltungsverfahren/Sozialrecht
- Neuregelungen bei der Ausländerbeschäftigung
- Änderung des Zahlungstermins für Sozialversicherungsbeiträge
- Freibetragsregelung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige
- Veränderungen bei der Bezugsfrist für Kurzarbeitergeld
- Neue Tabelle für Pfändungsgrenzen beim Arbeitseinkommen.

Bei wichtigen Gesetzen gibt es eine Übersicht über die höchst richterlichen Entscheidungen mit Hinweis auf eine ausführliche Fundstelle. Der Leser erhält auf einen Blick Informationen über die aktuelle Rechtsprechungsentwicklung, ohne mühsam in Kommentaren und Handbüchern suchen zu müssen.

**Arbeits- und Sozialordnung – Ausgewählte und eingeleitete Gesetzestexte, Dr. jur. Michael Kittner, Bund-Verlag Frankfurt am Main, 2006, kartoniert, 31., aktualisierte Auflage, ca. 1483 Seiten, 24,90 Euro, ISBN: 3-7663-3685-1**

**Habe ich Recht?**

Bei vielen Kindern und Jugendlichen sind Moral und Rechtsbewusstsein nur äußerst spärlich ausgeprägt. Hier setzt das Buch für Kinder an. Ihnen wird darin erklärt, welche Rechte und Pflichten sie haben, was sie dürfen oder sollen und was nicht, warum Dinge verboten und bestraft werden können und wie man in bestimmten Situationen handeln sollte.

In authentische Geschichten aus den Bereichen Familie, Freunde, Freizeit, Schule und Straßenverkehr werden den Kindern verschiedene Situationen vorgestellt und die Themen Strafrecht, bürgerliches Recht und Verkehrsrecht einfach und gut verständlich veranschaulicht und erklärt.

**Habe ich Recht? Rechtskunde für Kinder, Rehmet, Michael/Lange, Detlef, Wagner Verlag GmbH, 11,90 Euro, ISBN 3-935232-61-6**